

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 6. Dezember 1963

Blatt 2684

Gold für Anday, Zekert und Farkas

=====

6. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold an Kammersängerin Rosette Anday, Univ.-Prof. Mr.Ph. Dr. Otto Zekert und Karl Farkas zu verleihen. Die feierliche Überreichung der hohen Auszeichnung findet Mittwoch, den 11. Dezember, um 17 Uhr, im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses statt.

- - -

Lechthalergasse bis zur Maurerberg-Siedlung verlängert

=====

6. Dezember (RK) Der Kulturausschuß hat beschlossen, eine Verkehrsfläche im 23. Bezirk, die in der Verlängerung der Lechthalergasse liegt, amtlich in diese miteinzubeziehen. Die derart verlängerte Lechthalergasse bildet nun die Zufahrtsstraße zu einer neuen Flachwohnbausiedlung am Maurerberg, die kurz vor der Fertigstellung steht und zum Teil schon bezogen ist. In dieser Siedlung, die bisher noch keine Anschrift hatte, können nunmehr die Orientierungsnummern vergeben werden.

Die Lechthalergasse, die von der Josef Bühl-Gasse abzweigt, führt nunmehr entlang des zur Breitenfurter Straße geneigten Hanges bis ins eigentliche Siedlungsgebiet, wo sie in einer Umkehrung endet.

- - -

Wiener Gemeinderat - Rednerliste

=====

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien sowie zu den Wirtschafts-
plänen der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1964

Bericht- erstatter Stadtrat	Geschäfts- gruppe	<u>Zum Wort gemeldet</u>			
		<u>KLS</u>	<u>FPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>
VBgm. Slavik Fr. 6.12.	General-u. Spezial- debatte z. GeschGr.II	Lauscher	Dr.Schmidt	Mühlhauser	Bock
VBgm. Slavik Sa. 7.12.	SpezDeb. GeschGr.I	Maller	Dr.Schmidt	Dr.Marga Hubinek Wohlmuth	Rösner Weisz
VBgm. Mandl Mo. 9.12.	SpezDeb. GeschGr.III	Lauscher Maller	Peter	Ullmann Dkfm.Dr. Ebert Bittner Eleonora Hiltl	Dr.Stemmer Kaps Liwanec Pfoch Planek Gertr. Sandrer
Maria Jacobi Di.10.12.	SpezDeb. GeschGr.IV	Lauscher	Nesset	Eleonora Hiltl Kabesch Dr. Marga Hubinek	Leopoldine Schlinger Gratzl Maria Hlawka
Dr.Glück Mi.11.12.	SpezDeb. GeschGr.V	Maller Hausner	Dr.Schmidt	Josef Bauer Dr.Habl Dipl.-Ing. Blaschka Dr.Helene Stürzer	Dr.Gisel Lanc
Heller Do.12.12.	SpezDeb. GeschGr.VI	Hausner Lauscher	N Nesset	Dipl.-Ing. Hauschka Dipl.-Ing. DDr.Strunz Ing.Lust Dkfm.DDr. Frutscher	Dipl.-Ing. Witzmann Helene Potetz
Lakowitsch Fr.13.12.	SpezDeb. GeschGr.VII	Hausner	Nesset	Bolaffio Walzer Josef Bauer Ing.Lust	Billmaier Herbert Mayr Binder
Koci Sa.14.12.	SpezDeb. GeschGr.VIII	Maller	Peter	Dkfm.Dr. Ebert Dipl.-Ing. Blaschka Dipl.-Ing. DDr.Strunz Walzer	Hans Mayr Schreiner ./.

Bericht- erstatte r Stadtrat	Geschäfts- gruppe	<u>Zum Wort gemeldet</u>			
		<u>KLS</u>	<u>FPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>
Glaserer Mo.16.12.	SpezDeb. GeschGr.IX	Hausner Maller	Dr.Schmidt	Wagner Dr.Helene Stürzer Hahn	Windisch Dr.Bohmann
Bauer Di.17.12..	SpezDeb. GeschGr.X	Lauscher Peter		Haim Dr.Weninger Krobot Dipl.-Ing. Dr.Hengl	Jodlbauer Maria Hirschler Binder
Sigmund Mi.18.12.	SpezDeb. GeschGr.XI	Hausner	Neset	Kowarsch Wagner Dr.Habl Bittner	Nimmer- richter Srp
Schwaiger Do.19.12.	SpezDeb. GeschGr.XII	Maller	Peter	Kabesch Kowarsch Haag	Adelpoller Maria Hirschler Liwanec

Die Reihenfolge der Redner bestimmt der Vorsitzende.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====Die Budgetberatungen im Rathaus haben begonnen

6. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat heute der Wiener Gemeinderat zusammen. Es lag ein Antrag der SPÖ vor, betreffend "Benützung der dritten Donaubrücke und der neuen Straßenbrücke zwischen Gürtel und der Adalbert Stifter-Straße für ein öffentliches Verkehrsmittel".

Vorschüsse für die städtischen Bediensteten

Ohne Debatte wurde vom Gemeinderat ein Antrag angenommen, an die städtischen Bediensteten für den Monat Jänner 1964 Vorschüsse auf die Bezüge zu gewähren, wie sie nach der 23. Dienstrechtnovelle zu erwarten sind.

Die Abwicklung der Budgetdebatte

Zur Beratung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1964 teilte Bürgermeister Jonas folgendes mit: Wie in den letzten Jahren wird zuerst die Generaldebatte verbunden mit der Spezialdebatte über die Geschäftsgruppe II (Finanzwesen) durchgeführt und anschließend über die Ansätze der Gruppe II abgestimmt.

Morgen, Samstag, wird über die Geschäftsgruppe I (Personalwesen) verhandelt. In weiterer Folge werden die Geschäftsgruppen III bis XI jede als eigene Beratungsgruppe behandelt. Nach der Beschlußfassung über die Ansätze der Gruppe XI wird über Bilanz und Bedeckung abgestimmt werden. Im Anschluß an den Voranschlag der Hoheitsverwaltung werden die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen beraten.

Generaldebatte und Spezialdebatte II

Hierauf leitete der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) die Beratungen über das Budget 1964 ein. In seinem Referat führte der Vizebürgermeister aus, daß er heute das siebente Mal die Ehre habe, dem Gemeinderat den Voranschlag für das kommende Jahr zu unterbreiten. Das Budget lag wie jedes Jahr den Vorschriften entsprechend zur öffentlichen Einsicht auf, und zwar heuer vom 28. November bis 5. Dezember.

39 Wiener prüften das Budget

Von dem Recht zur Einsichtnahme in den Voranschlag haben 39 "Gemeindemitglieder" Gebrauch gemacht, und zwar 29 Männer und zehn Frauen. 25 von ihnen haben sogenannte Erinnerungen abgegeben. Nach Berufen gegliedert waren es 18 Arbeiter und Angestellte, zwei Selbständige, ein Angehöriger freier Berufe, 16 Pensionisten, ein Student und ein Wiener ohne Berufsangabe.

Zur Gruppe I (Personal) wurde eine Erinnerung über den Ausbau von zwei Magistratsabteilungen abgegeben.

Gruppe II (Finanzen) zwei Erinnerungen für die Finanzverwaltung. In einer wird dabei Kritik an der Einrichtung der öffentlichen Einsicht in den Budgetentwurf geübt. Es sei kaum eine wirkliche Kontrolle des Budgets möglich. Natürlich ist es schwierig, betonte der Vizebürgermeister, einen Voranschlag in kurzer Zeit so zu überprüfen, daß man wirklich die Zusammenhänge erkennen kann. Das ist aber mit der "öffentlichen Einsicht" nicht beabsichtigt. Die Auflegung soll vielmehr die Möglichkeit geben, das herauszusuchen, was für den Betreffenden interessant ist.

Zur Gruppe III (Kultur) wurden zehn Erinnerungen abgegeben. Drei über Kinderspielplätze, vier über den Bau von Schulen, eine über die bessere Qualität der Lehrmittel, eine über die Errichtung von Heimschulen und eine über die Schaffung einer Filmstelle im Kulturamt der Stadt Wien.

Gruppe IV (Wohlfahrtswesen) zwölf Erinnerungen, und zwar neun über die Errichtung von Kindergärten und Jugendhorten, eine über die Pensionistenklubs, eine über den Ausbau der Heimhilfe und eine über besseren Jugendschutz.

Gruppe V (Gesundheitswesen) sechs Erinnerungen, und zwar eine über den Ausbau der Krebsbekämpfung, eine über den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, drei über Spitalsbauten und eine zur Lärmbekämpfung.

Gruppe VI (Bauwesen) acht Erinnerungen, und zwar drei über die Schaffung von Parkanlagen, fünf über den Bau von Straßen und Gehsteigen, drei über Verkehrsbauten, eine über die Beseitigung eines Ölteiches, eine über die Aufstellung eines Generalverkehrsplanes, eine über die Sanierung der Alten Donau, eine über die Planierung einer Schottergrube, zwei über Umwidmungen und eine über die Einrichtung von Lagerwiesen.

Gruppe VII (Baubehörde) elf Erinnerungen, und zwar eine über den Stadlauer Friedhof, vier über die Verbesserung der Straßenbeleuchtung, drei über automatische Lichtsignalanlagen, eine über öffentliche Uhren, eine über Fahrverbote für bestimmte Wege, eine über Verkehrsregelungsfragen.

Gruppe VIII (Öffentliche Einrichtungen) acht Erinnerungen, und zwar eine über die Verbesserung der Schneeräumung, eine über die Errichtung eines Pumpwerkes, eine über die Errichtung einer Sauna, eine über die Herstellung von Kanalanschlüssen, eine über die Keimfreimachung des Trinkwassers, eine über den Anschluß an das Wasserleitungsnetz, eine über die Ausbaggerung der Eßlinger Furt und Schaffung eines Badeplatzes, eine über die Anbringung von Straßentafeln.

Gruppe IX (Wohnungswesen) sieben Erinnerungen, und zwar zwei über die Wohnungsvergebung, eine über Ersatzwohnungen für Delogierte, zwei waren persönliche Wohnungsansuchen, eine über Wohnungen für junge Ehepaare und eine über die Einweisung in leerstehende Wohnungen.

Gruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) drei Erinnerungen, und zwar eine über die Errichtung von Märkten, eine über die Aufstellung von Milchautomaten, und eine über die Umgehung der veterinärärztlichen Untersuchung bei Schlachtvieh.

Gruppe XI (Allgemeine Verwaltung) drei Erinnerungen, und zwar über die Übernahme der Freihofsiedlung in die Verwaltung der Stadt Wien, über eine Antwort über eine abgegebene Erinnerung, und über die Namensgebung für städtische Bauten.

Gruppe XII (Unternehmungen) 18 Erinnerungen, und zwar neun über den Ausbau von Straßenbahn und Autobus, drei über die Errichtung neuer Autobuslinien, drei über die Erweiterung des Schnellbahnnetzes, eine über Zonengrenzen, eine über die Entgiftung von Leuchtgas und eine über die Errichtung von Wartehäuschen.

Vizebürgermeister Slavik bezeichnete es als erfreulich, daß ein großer Teil der Erinnerungen sich mit Wünschen beschäftigt, die schon im Voranschlag 1964 zur Erfüllung vorgesehen sind. Er stellte dann den formellen Antrag, daß die Erinnerungen den zuständigen Ausschüssen beziehungsweise den Stadträten zur Behandlung zugewiesen werden mögen.

Wiens Optimismus war gerechtfertigt

Vizebürgermeister Slavik schilderte dann den Werdegang der Budgeterstellung. Die Beratungen haben fünf Monate gedauert. Alle Dienststellen und alle Bezirke haben zuerst ihre Wünsche bekanntgegeben. Diese Wünsche wurden auf die technische Durchführbarkeit geprüft und dabei auch auf die gerechte Verteilung der Gelder auf ganz Wien Rücksicht genommen. Auch wurde die Verteilung der Gelder in sachlicher und fachlicher Hinsicht erwogen. Die Erfüllung aller Wünsche hätte ein Defizit von eineinhalb Milliarden ergeben, sodaß noch einmal auf Beamtenebene das Budget geprüft und der Rahmen festgelegt wurde. Die Schlußbesprechungen wurden mit den Stadträten geführt und mit ihnen gemeinsam der Rahmen jeder Geschäftsgruppe festgelegt.

Vizebürgermeister Slavik dankte in diesem Zusammenhang allen Mitarbeitern am Budget und den Mitgliedern des Stadtsenates. So wie bisher ist es gelungen ohne Lärm und damit ohne Beunruhigung der Bevölkerung viele Probleme zu lösen. Er halte dies, sagte der Vizebürgermeister, für eine gute Methode.

Überlegt man sich die Ausgangsbasis, dann kommt man zu einigen sehr erfreulichen Feststellungen. Vor einem Jahr gab es in Österreich eine außerordentlich pessimistische Stimmung hinsichtlich der kommenden wirtschaftlichen Entwicklung. Überall hörte man damals, daß die Aufträge weiter zurückgehen, die Beschäftigtenzahl nicht aufrecht erhalten werden könne und man werde daher Einschränkungen machen müssen. Kurz, es war ein düsteres Bild. In den Chor der Pessimisten hat der Wiener Gemeinderat nicht mit eingestimmt. Wir haben bei der Aufstellung des Budgets für 1963 wieder mit einer Vollbeschäftigung gerechnet. Obwohl es ein harter und schwerer Winter war, und sich dadurch das Anlaufen der wirtschaftlichen Tätigkeit verspätete, konnten wir von Quartal zu Quartal feststellen, daß sich die Wirtschaft im Laufe des Jahres erholt hatte und neue Rekorde in der Beschäftigtenzahl erreicht wurden. Wir und die ganze Wiener Bevölkerung dürfen sich freuen, daß nicht die Pessimisten recht behalten haben, sondern unsere Schätzungen richtig gewesen sind. Der Beschäftigtenstand liegt wieder um 6.000 höher als im Vorjahr. Allein in der Privatwirtschaft und den gemeinwirtschaftlichen Be-

trieben wurden 40 Milliarden Schilling investiert. Damit wurde eine weitere Steigerung der Produktion und der Produktivität erreicht. So dürfen wir auch für das kommende Jahr wieder optimistisch sein. Wir stehen diesmal nicht allein in dieser optimistischen Einschätzung.

Noch etwas hat die Aufstellung des Budgets erleichtert. Diesmal war auch das Bundesbudget fertig! Wir haben damit Klarheit gewonnen über die Belastungen, die uns aus dem Bundesbudget treffen, aber auch Klarheit darüber, was aus dem Bundesbudget für die Länder und Gemeinden zu erwarten ist. Es gibt diesmal kein Notopfer. Wir kennen die Entwicklung der Personallasten im kommenden Jahr und konnten daher schon in unserem Budget auf die Entwicklung Rücksicht nehmen. Wir wissen auch, wie sich die Fondsmittel aus der Landeswohnbauförderung und aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds entwickeln werden, wir wissen was der Bund in Wien tun wird, wir kennen die Investitionen der Bundesbahn.

Vizebürgermeister Slavik entwarf dann ein Bild von der Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Die Zahl der Beschäftigten betrug im vergangenen Jahr 2,394.000. In diesem Jahr wurde mit 2,400.388 die höchste Beschäftigtenzahl seit dem Bestehen unserer Republik erreicht.

Eine unerfreuliche Erscheinung auf dem Investitionssektor ist die Entwicklung des Baukostenindex. Er stand im vergangenen Jahr auf 1.202 und steht heuer auf 1.292. Diese Preiserhöhungen müssen uns selbstverständlich belasten.

Ein anderes Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung: das Bruttonationalprodukt ist in den Jahren 1958 bis 1962 von 136 Milliarden auf 186 Milliarden gestiegen, also um 37 Prozent. Das Volkseinkommen ist von 106 Milliarden auf 142,8 Milliarden gestiegen, um 34 Prozent.

Und nun die Wiener Beschäftigtenzahlen, jeweils im Oktober, sie betragen 746.887 im Jahr 1958 und 782.236 im Jahr 1962.

Zum Vergleich noch die Wiener Voranschlagssummenentwicklung von 1958 bis 1962: 1958 betrug die Budgetsumme 4,4 Milliarden, 1964 ist der Ausgabenrahmen mit 7.585,000.000 Schilling festgesetzt. Die Steigerung beträgt also 3.185 Millionen Schilling. Die Entwicklung der Einnahmenseite hält mit den Ausgaben Schritt. Der Abgang für 1964 beträgt nur 2,7 Prozent der gesamten Ausgaben; auch das ist ein

Von 1958 bis 1962 wurden 28 Milliarden Schilling eingenommen. Die Rücklagen betragen Ende 1962 738 Millionen, das heißt also, daß von 28 Milliarden Einnahmen rund 27,9 Milliarden wieder ausgegeben wurden. Viel genauer wird man kaum mehr die wirtschaftliche Entwicklung abschätzen können. Dies zeigt jedenfalls, wie genau der Gemeinderat seiner Verpflichtung nachkommt. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wie günstig sich die Arbeit der Stadtverwaltung auch auf die Wiener Wirtschaft ausgewirkt hat, zeigt die geringe Zahl an Arbeitslosen. Hatten wir im Jahre 1958 in Wien 28.460 Arbeitslose, so gab es im Jahre 1963 bei einem neuen Beschäftigtenrekord nur mehr 12.118. Wir haben damit einen hohen Grad der Vollbeschäftigung erreicht, was für die gesamte Bevölkerung außerordentlich erfreulich ist. Es ist nun die Aufgabe der Stadtverwaltung, für diese seit einigen Jahren so günstige wirtschaftliche Entwicklung auch im Budget des Jahres 1964 die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Wir haben das Glück, in einer schönen Zeit zu leben, in der man unerhört viel leisten kann für die Gegenwart und für die Zukunft. Wir haben durch die Konjunktur die Möglichkeit der hohen Einnahmen und damit der starken Investitionen. Wir können große Leistungen vollbringen, wie sie in der Geschichte Wiens erst zweimal möglich waren, nämlich bei der Schleifung der Glacis und bei der Verlegung der Gasrohre. Auch damals mußten alle Straßen aufgerissen werden. Diese starke Investitionstätigkeit ist aber auch mit Schwierigkeiten verbunden. Wenn gearbeitet wird, wird es aber immer Schwierigkeiten geben. Wenn wir Straßen bauen, wird es Aufgrabungen geben und wenn wir Häuser bauen, wird es Baustellen mit Straßenengen geben. Aber wir alle sollen uns darüber freuen, daß wir viel arbeiten können zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bevölkerung. (Allgemeiner Beifall.) Wir haben aus der Vergangenheit gelernt und wir sollen zur Kenntnis nehmen, daß auch eine Vollbeschäftigung ihre Probleme hat, die aber weitaus weniger traurig sind, als jene, die durch Arbeitslosigkeit verursacht werden. Wir haben uns 1959 ein Programm gestellt und an seiner Erfüllung erfolgreich gearbeitet. Das Jahr 1964 ist für uns das letzte Jahr der Bewährung in dieser Periode und dann haben sich die bisherigen Mandatäre wieder den Wählern zu stellen, die sie bestätigen oder ablehnen können.

Die Wähler werden zu prüfen haben, ob der Wiener Gemeinderat seine Aufgaben erfüllt hat oder nur Versprechungen abgab, die er nicht einhielt. Wenn wir die vergangenen vier Jahre betrachten und die Ansätze des Budgets 1964 mitberücksichtigen, kann man mit ruhigem Gewissen der Wiener Bevölkerung entgegentreten und sagen, daß alles, was im Jahre 1959 versprochen wurde, mit dem Ablauf der Legislaturperiode seine Erfüllung gefunden haben wird. (Allgemeiner Beifall.) Bis jetzt sind bereits 80 Prozent des Vorhabens erfüllt, es wurden aber darüber hinaus noch viele Leistungen erbracht, die sich erst im Laufe dieser vier Jahre als notwendig erwiesen haben. Bei manchem dieser Probleme mußten erst große technische Schwierigkeiten überwunden werden. Bei allem Optimismus während der vergangenen Jahre waren wir bei der Erstellung des Voranschlages immer lieber etwas pessimistisch, haben Vorsicht walten lassen und immer eine Reserve für unvorhergesehene Ausgaben gelassen. Viele Aufgaben erstrecken sich natürlich über viele Jahre, manche sogar über Jahrzehnte, sodaß sie erst der kommenden Generation zugute kommen werden. Man sollte daher gerade den jungen Menschen immer wieder vor Augen halten, daß gerade sie keinen Grund zum Raunzen hätten, denn alle Maßnahmen, die heute gewisse Behinderungen verursachen, werden eben erst diesen jungen Leuten im besonderen zugute kommen.

Zu den großen Problemen, deren Lösung sich auf Jahrzehnte erstreckt, gehört die ständige Sorge um unser Wasser. Wir freuen uns, daß es gelungen ist, zumindest in einem Werk einen entscheidenden Fortschritt zu erzielen, nämlich daß dem Wasserkwerk Lobau Wasser entnommen werden darf. Es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß dieses Wasser zu den Verbrauchern gebracht werden kann. Die Finanzverwaltung ist bereit mitzuhelfen, daß diese Arbeiten so rasch als möglich durchgeführt werden können.

Zu den ständigen Aufgaben gehört auch der Ausbau des Straßennetzes und der Brücken. Hier sind wir mitten in der Arbeit. Es ist nicht abzuschätzen, wann dieses Problem zum Stillstand kommen wird. Die derzeitige Entwicklung auf dem Verkehrssektor wird immer neue Forderungen an uns herantragen. Der Straßenbau erfordert aber auch viele andere Umstellungen. Noch nicht gelöst ist zum Beispiel in diesem Zusammenhang das Problem des Naschmarktes.

Großes Augenmerk muß auch der Entwicklung der Stadtwerke zugewendet werden. Die Anforderungen sowohl an die Gas- als auch an die E-Werke werden immer größer. Auch die Verkehrsbetriebe müssen leistungsfähiger gestaltet werden. Das erfordert viele Mittel, viel technisches Können und Wissen. Wir haben bereits einen Investitionsplan mit 1.250 Millionen Schilling und ein Schienenbremsenprogramm mit 450 Millionen Schilling durchgeführt und schon wieder stehen wir vor neuen Aufgaben auf diesem Sektor. Wir haben das Problem des absoluten Hochwasserschutzes zu lösen und für die Modernisierung und den Ausbau unserer Spitäler zu sorgen. Das Schulmodernisierungs- und Renovierungsprogramm soll 1964 zum Abschluß kommen. An der Spitze des Schwerpunktprogrammes steht natürlich der Wohnungsbau. Wien hat auf diesem Gebiet sein eigenes Problem, das nicht im direkten Mangel an Wohnungen liegt, sondern in der Qualität der Wohnungen. Wir haben aus der Vergangenheit als Erbe hunderttausende Wohnungen übernommen, die den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Es gibt in Wien rund 215.000 Wohnungen, die aus der Zeit vor 1916 stammen. Wir müssen also trachten, so rasch als möglich Ersatz für diese ungesunden veralteten Wohnungen zu schaffen. Hier wäre nicht damit gedient eine Mietzinserhöhung durchzuführen. Es geht vielmehr darum, neuen Wohnraum anstelle des alten zu schaffen. Zur Forcierung des Wohnungsbaues hat die Gemeinde Wien vor einigen Jahren mit dem Montagebau begonnen, dessen Vorteile uns jetzt erst nach der Lösung vieler technischer Schwierigkeiten zugute kommen werden. Im kommenden Jahr ist der Bau von 5.000 Gemeindewohnungen geplant, 1.000 davon sollen Montagebauwohnungen sein. Gefördert wird der Bau von 4.500 Wohnungen, sodaß mit einem Aufwand von mehr als einer Milliarde Schilling 5.000 Wohnungen gebaut und 4.500 Wohnungen gefördert werden. (Allgemeiner Beifall.) Es wird jedoch auch noch eine große Zahl von Wohnungen dazu kommen, deren Bau durch die neue Wiener Wohnbauaktion gefördert wurde. Die Gemeindeverwaltung wird immer Wege suchen, alles für den Wohnungsbau zu tun, denn jede Wohnung, die in Wien gebaut wird, wird dazu beitragen, eine Familie glücklicher zu machen. Je mehr glückliche Familien es aber in Wien gibt, umso mehr Zufriedenheit werden wir bei unserer Bevölkerung finden.

Mehr als 300 Millionen Schilling sind für den Verkehr, Straßen- und Brückenbau vorgesehen. Ein Betrag, der sich beim Verkehr günstig auswirkt, der aber natürlich auch zu Aufgrabungen und Umleitungen führt.

Auch beim Spitalsbau haben wir es mit einem Programm zu tun, das sich über viele Jahre erstreckt. Endlich rührt sich auch beim Allgemeinen Krankenhaus etwas. Ein Teil der alten Objekte wird bereits weggerissen und im kommenden Jahr wird mit dem Bau von 700 Schwesternwohnungen begonnen werden können. Bis jetzt haben Bund und Gemeinde mehr als 200 Millionen bereitgestellt. Im Wilhelminenspital ist der Neubau mit 560 Betten fast fertig. Es ist daran gedacht, einen weiteren Bau mit mehr als 100 Betten zu errichten. Geplant ist, die Rudolfstiftung neu zu bauen und verschiedene Erweiterungsbauten in anderen Spitälern vorzunehmen.

1964 wird die Wiener Internationale Gartenschau veranstaltet werden. Man rechnet mit Kosten von rund 190 Millionen Schilling. Diese Kosten und der Wert der Veranstaltung wurden bereits verschiedentlich kritisiert. Diese Kritik wäre vielleicht am Platze, hätte die Stadtverwaltung die WIG nur allein der Veranstaltung wegen beschlossen. Wir hatten aber in diesem Gebiet eine Müllablagungsstätte, die irgendwie planiert werden mußte. Auf abgelagertem Müll kann man jedoch keine Bauten errichten. Es war also selbstverständlich, daß dort eine Parkanlage entstehen mußte. Dies hat man dann gleich dazu benutzt, um dem langen Drängen, eine internationale Gartenbauausstellung auch in Wien durchzuführen, nachzugeben. Wir müssen daher von den Kosten, die uns die WIG verursacht, jenen Betrag in Abzug bringen, den wir für die Errichtung einer Parkanlage auf diesem Platz gebraucht hätten. Außerdem wird die WIG auch Einnahmen erzielen, die mit 20 bis 30 Millionen geschätzt werden. Darüber hinaus wird sie nicht nur für die Wiener sondern auch für viele Fremde ein Anziehungspunkt sein. Wenn also nur 100.000 Fremde wegen der Gartenbauausstellung nach Wien kommen und pro Kopf 2.000 Schilling für ihren Aufenthalt ausgeben, werden ~~es~~ 200 Millionen Schilling hereinkommen, von denen die Gemeinde rund 70 Millionen Schilling an Steuereinnahmen erhält. Bei all diesen Überlegungen kommt man darauf, daß die Mittel für die WIG gar nicht so hoch sind. Der Donauturm selbst wird nicht von der Stadtverwaltung gebaut, sondern von einer Gesellschaft, die der

Gemeinde jährlich etwa 140.000 Schilling Zins für das Grundstück, auf dem der Turm errichtet wird, bezahlt. Eine ständige Sorge ist natürlich die, daß wir für alle diese Vorhaben viel Boden brauchen.

Zur Frage der Bodenbeschaffung rügt Vizebürgermeister Slavik mit aller Schärfe die Tatsache, daß es noch immer kein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz in Österreich gibt. Diese Tatsache sei ein Skandal! Dieser Zustand schaffe die besten Voraussetzungen für ungeheure Spekulationsgewinne. Was bereits von In- und Ausländern durch Bodenspekulationen an Gewinnen erzielt wurde, sei ungeheuerlich. Daß es bisher noch immer nicht gelungen sei, diesen Zustand abzuschaffen, gereiche Österreich nicht zur Ehre. Umso mehr sehe sich die Stadtverwaltung verpflichtet, trotz allen Einwendungen alljährlich neue Mittel für die Bodenbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Für das nächste Jahr seien dafür 180 Millionen vorgesehen.

Zum Kapitel Fürsorge erklärte der Vizebürgermeister, daß von Jahr zu Jahr die Schaffung zusätzlicher Kindergärten, Altersheime usw. notwendig sei. Damit würden naturgemäß auch die Ausgaben immer größer. Er sei jedoch der Meinung: Wenn es uns immer besser geht, dann soll es auch unseren Alten und Befürsorgten immer besser gehen. Daher sei es notwendig, einen möglichst großen Teil unserer Einnahmen für die Fürsorge aufzuwenden.

Dies bedinge, so fährt der Berichterstatter fort, eine einfache Verwaltung. Aus dieser Überlegung heraus habe er eine Untersuchung darüber durchführen lassen, wie viel wir für die Verwaltung ausgeben. Die Ergebnisse hätten gezeigt, daß bei einem Gesamtaufwand von 11.1 Milliarden Schilling (einschließlich Stadtwerke) nur 586,2 Millionen für Verwaltungsangelegenheiten ausgegeben werden; das seien lediglich 5,3 Prozent. Alle Kritiker und alle jene Personen, die sich immer wieder über angeblich hohe Verwaltungsausgaben aufregen, seien hiemit eingeladen, in ihren eigenen Unternehmen solche Untersuchungen anzustellen. Und nur wenn die Verwaltungskosten in ihren Betrieben weniger als 5,3 Prozent ausmachen, hätten sie das Recht, die Stadtverwaltung auf diesem Gebiet anzugreifen.

Bei der Vereinfachung der Verwaltung könne natürlich nirgendwo auf der Welt der Idealzustand erreicht werden. Wenn immer wieder gesagt werde, daß es unter den rund 53.000 Beschäftigten in der

Hoheitsverwaltung und in den Stadtwerken zahlreiche Personen gäbe, die wenig oder gar nichts arbeiten, dann könne dazu nur gesagt werden, daß in Wahrheit weit über 90 Prozent aller städtischen Bediensteten ihre Aufgaben ausgezeichnet und vorbildlich erfüllen. Anders wäre es gar nicht denkbar, daß wir weit unter den durchschnittlichen Personalkosten aller anderen Verwaltungen liegen.

Im Budget 1964 zeige sich gegenüber jenem des vergangenen Jahres eine leichte Verschiebung, die darauf zurückzuführen sei, daß im Voranschlag für 1964 bereits die letzten Lohnerhöhungen enthalten seien. Für Investitionen in der Stadtverwaltung und den Stadtwerken seien im Budgetvoranschlag 1964 3.6 Milliarden Schilling vorgesehen. Dies stelle einen weiteren Beitrag zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung dar. Im folgenden führt Slavik die wichtigsten Ziffern aus dem Voranschlag für 1964 an:

Der Voranschlag der Hoheitsverwaltung rechnet mit Einnahmen von 7.3 Milliarden Schilling und Ausgaben von 7.5 Milliarden Schilling.

Bei den Einnahmen erwartet man 2.7 Milliarden Schilling (37.3 Prozent) aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, 1.5 Milliarden (21.6 Prozent) aus den städtischen Steuern und Abgaben, 926 Millionen (12.7 Prozent) aus den Verwaltungsabgaben, Verbrauchsgebühren usw., 1.4 Milliarden (19.2 Prozent) aus verschiedenen Einnahmen, 673 Millionen (9.2 Prozent) aus Wertdurchführungen, die kassenmäßig unwirksam sind. Dazu kommen noch weiterzugebende Darlehen mit 60 Millionen Schilling für die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe, die schon zugesagt wurden und jetzt realisiert werden müssen. Es werde jedoch notwendig sein, für die Wiener Stadtwerke auch im kommenden Jahr weiter Vorsorge zu treffen.

Die Steigerung der Einnahmen gegenüber dem Voranschlag 1963 beträgt: 6.6 Prozent bei den Ertragsanteilen, 3.7 Prozent bei den städtischen Steuern und Abgaben, 11.5 Prozent bei den Verwaltungsabgaben, Verwaltungsgebühren usw., 9.7 Prozent bei den verschiedenen Einnahmen und zehn Prozent bei den Wertdurchführungen.

Bei den Ausgaben wird der Personalaufwand 2.2 Milliarden Schilling (30 Prozent gegenüber 28.7 Prozent im Voranschlag 1963) ausmachen. Der Sachaufwand steigt von 2.4 Milliarden auf 2.5 Milliarden Schilling (34.3 Prozent gegenüber 34.8 Prozent). Für

Investitionen sind 2.1 Milliarden Schilling (28.4 Prozent) vorgesehen, gegenüber 2.1 Milliarden (30 Prozent) im Voranschlag 1963. Die Darlehen steigen von 459 auf 547 Millionen Schilling (von 6,5 auf 7.3 Prozent).

Bei den eigenen Einnahmen werden folgende Steigerungen erwartet: Bei der Gewerbesteuer von 730 auf 750 Millionen, bei der Lohnsummensteuer von 330 auf 350 Millionen, bei der Vergnügungssteuer von 71 auf 75 Millionen, bei der Getränke- und Gefrorenessteuer von 159 auf 164 Millionen, bei der Anzeigenabgabe von 45 auf 50 Millionen, bei der Ankündigungsabgabe von 15 auf 20 Millionen usw.

Im Rahmen der Gebühren und sonstigen Einnahmen sind bei den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten 492,7 Millionen Schilling eingesetzt. Dieser Betrag sei deshalb höher, weil mit der Sozialversicherung eine Vereinbarung getroffen wurde, wonach der Ersatz von Verpflegskosten von 86 auf 94 Schilling steigt. Dementsprechend wurden auch die Gebühren bei den Krankenanstalten verändert.

Für das Baugewerbe und Baunebengewerbe werden 2.7 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Das ist gegenüber dem Vorjahr (2.5 Milliarden Schilling) eine nicht unbedeutliche Steigerung. Für den Wohnhausneubau sind 821 Millionen Schilling und für sonstige einmalige Bauvorhaben 1.026 Milliarden Schilling vorgesehen.

Bei der Verwaltungsgruppe II (Finanzen) sind vorgesehen: für Darlehen und Betriebskredite 68 Millionen Schilling, für Beteiligungen 33,5 Millionen, für zinsfreie Instandhaltungsdarlehen 130 Millionen, für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 249 Millionen, für sonstige Wohnbauförderungsdarlehen 140 Millionen, für den Ankauf von Wertpapieren und Wertgegenständen 2 Millionen, für Darlehen zur Aufschließung von Industriegelände 9,9 Millionen, für Subventionen rund 15 Millionen.

Wie Vizebürgermeister Slavik ferner feststellt, wird die Gemeinde Wien natürlich auch die Förderungsmaßnahmen für das Gewerbe fortsetzen. Dazu stehen wieder die verschiedensten Gewerbeförderungskredite zur Verfügung. Sie ermöglichen Gewerbe und Industrie die Durchführung zahlreicher Investitionen.

Hierauf stellt Vizebürgermeister Slavik die formellen Anträge und erklärt abschließend:

"Wir haben uns bemüht, den Voranschlagsentwurf 1964 so zu gestalten, daß wir allen an uns herangetragenen Aufgaben und Pro-

blemengerecht werden. Wir haben uns bemüht, den Voranschlagsentwurf 1964 so zu gestalten, daß er gleichzeitig auch wieder eine wesentliche Unterstützung von Industrie, Gewerbe und Handel in unserer Stadt mit sich bringen wird. Wir haben ihn so gestaltet, daß wir einen Beitrag leisten für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in unserer Stadt und gleichzeitig einen Beitrag für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung der Republik Österreich.

Wir haben den Voranschlagsentwurf 1964 so gestaltet, daß wir wieder einen Schritt weitergehen können im Aufbau und im Ausbau unserer geliebten Heimatstadt Wien. Ich hoffe, daß uns die Durchführung des Voranschlagsentwurfes und die Durchführung der Investitionen, die uns mit dem Voranschlagsentwurf 1964 gewährleistet und gesichert sind, einen Schritt weiterbringt bei der Verschönerung unserer Stadt und auf dem Weg, unsere Stadt immer schöner zu machen, damit sie für alle Wienerinnen und Wiener die Möglichkeit bietet, in ihr ein schönes und glückliches Leben zu führen! (Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Generaldebatte

Als erster Redner in der folgenden General- und Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II spricht Gemeinderat Lauscher (KLS).

Er kritisiert, daß die Budgetsumme wieder höher sei, aber keine höheren Leistungen erwartet werden könnten. Das Budget sei ein Beweis dafür, daß der Schilling wieder kleiner geworden sei.

Vor allem seien in dem Voranschlag keine Bestrebungen sichtbar, mehr Gemeindebauten zu errichten. Wenn es im Jahr 1957 trotz dem auch damals herrschenden Bauarbeitermangel möglich war, 6.081 Gemeindewohnungen fertigzustellen, müßte es doch jetzt möglich sein, 6.000 Wohnungen nach der herkömmlichen Bauweise und 1.000 Wohnungen nach der Fertigteilbauweise zu schaffen. Im Voranschlag würden jedoch insgesamt nur 5.000 Wohnungen versprochen - und ob diese 5.000 auch fertiggestellt werden können, sei ebenfalls fraglich. Nach Schätzungen seiner Fraktion, so erklärt der Debattenredner, werden lediglich 3.200 Wohnungen fertiggestellt werden können.

Die Finanzierungsbedingungen für den Wohnbau bezeichnet GR. Lauscher als recht ungünstig, da sie nicht allen jenen zugute kämen, für die sie gedacht seien. Problem Nummer eins auf dem Wohnungssektor seien die jungen Ehepaare, von denen fast zwei Drittel unter menschenunwürdigen Umständen hausen. Nur 17 Prozent von ihnen hätten bisher eine Gemeindewohnung erhalten. Die Einkommensverhältnisse dieser jungen Leute ließen es nicht zu, sich bei der Beschaffung einer Wohnung dem genossenschaftlichen Sektor oder dem Eigentumssektor zuzuwenden. Gerade diese Leute seien daher auf die Gemeindewohnungen angewiesen. Aus diesem Grund erhebe seine Fraktion erneut die Forderung nach einer Kreditaktion zur Wohnungsbeschaffung für junge Eheleute. Bisher sei diese wiederholt vorgetragene Forderung jedoch **stets** abgelehnt worden. Wenn dem Gastgewerbe zinsfreie Kredite eingeräumt werden könnten, dann müßte dies auch für junge Eheleute zur Beschaffung von Wohnungen möglich sein.

Ferner fordert GR. Lauscher wirksame Maßnahmen gegen den Wohnungsschacher, die sogenannten Wohnungsablösen und andere Mißstände auf dem Wohnungssektor.

Auch bei der Lösung der Verkehrsprobleme habe die Rathausmehrheit zu wenig getan. Die Straßenbahnen seien noch nicht ausreichend mit Schienenbremsen ausgestattet und die Probleme der Verkehrsstoßzeiten seien ungelöst. Obwohl die Verkürzung der Schnellbahnintervalle von 15 auf siebeneinhalb Minuten als notwendig bezeichnet worden ist, konnte sie aus Mangel an Zugsgarnituren noch nicht durchgeführt werden. Auch der Ausbau des Eisenbahnnetzes, insbesondere die Einbeziehung der Vorortelinie

und Ländebahn sei noch nicht durchgeführt. Auf eine Anfrage bezüglich der Schnellbahn sei der KLS-Fraktion die Antwort zuteil geworden, daß noch umfangreiche Studien dazu nötig seien. Derzeit liege jedoch noch nicht einmal ein Zwischenbericht vor. Eine ähnliche Antwort habe die Fraktion schon 1962 erhalten. Der Redner stellte die Frage, warum die dringlichen Probleme solange im Stadium des Studiums verbleiben und kritisierte das Zaudern und die Kleinlichkeit der Rathausmehrheit. Hinsichtlich der Teilung der Schnellbahneinnahmen zwischen Gemeindeverwaltung und den Österreichischen Bundesbahnen sei es auch nur bei einer Klage des Finanzreferenten geblieben. Im Jahre 1961 habe der Stadtplaner die Verlängerung der Stadtbahn bis Siebenhirten als derzeit dringlichstes Problem bezeichnet. Jedoch sei im Budgetansatz für 1964 hierfür nichts vorgesehen.

Eingehend auf das Verkehrskonzept der Wiener ÖVP, wie dieses in einer Pressekonferenz zum Ausdruck gekommen sei, führte der Redner aus, daß die meisten dieser ÖVP-Vorschläge von der KLS-Fraktion bereits in Antragsform eingebracht, seinerzeit aber auch von der ÖVP-Fraktion abgelehnt worden seien. Der Redner gab der Vermutung Ausdruck, daß die neuen Vorschläge der ÖVP im Hinblick auf das bevorstehende Gemeinderatswahljahr gemacht worden seien und der ÖVP jede Demagogie erlaubt erscheine.

Zur Situation der Wiener Stadtwerke wies der Redner auf die Abschöpfung von 60 Millionen Schilling an Gebrauchsgebühren durch die Hoheitsverwaltung hin. Jedoch sollten die Stadtwerke nicht isoliert betrachtet werden, da sie keinen Fremdkörper in der Gemeindeverwaltung darstellten.

Zum Grundsatz des Finanzreferenten, man müsse sich "nach der Decke strecken" sei zu sagen, daß eben eine größere Decke notwendig ist, da Wien als Bundeshaupt-, Kongreß- und Messestadt besondere Verpflichtungen habe und auch Opfer zugunsten finanzschwacher Gebietskörperschaften auf sich nehmen müsse.

Der Redner widersprach der Meinung des Finanzreferenten, daß es beim Finanzausgleich so zugehen müsse, daß, wenn einer mehr bekomme, der andere weniger erhalte. Die Situation müsse vielmehr im Gesamtrahmen der Staatsfinanzen betrachtet werden. Durch Subventionen und Stützungsfonds werden dem Gewerbe und der Industrie, besonders aber den Gutsbesitzern und Adeligen, große

finanzielle Zuwendungen zuteil. Die Stadt Wien soll mehr bedacht auf die Abschöpfung der Gewinne und Übergewinne nehmen, wobei besonders der Grundstückwucher und der Wohnungsschacher, der den Hausherrn ein jährliches unversteuertes Einkommen von 300 Millionen Schilling einbringe, ins Auge zu fassen sei.

Der Redner widerspricht dem Wunsch des Finanzreferenten, nach Verlängerung des Finanzausgleiches, weil durch diesen wirkliche Lösungen immer wieder hinausgeschoben werden müßten. Die Gemeindeverwaltung habe auf 40 Prozent aus den Gewerbesteuer-
einkängen - das sind 500 Millionen Schilling - zugunsten des Bundes verzichtet, dafür aber nur kleine Vorteile eingehandelt. Das Notopfer jedoch muß vom Finanzminister abgebaut werden. Aus alledem zieht der Redner den Schluß, daß der Finanzausgleich derzeit für die Bundeshauptstadt Wien nicht günstig sei, und zitiert den Bürgermeister, der von einer Benachteiligung Wiens gesprochen habe.

Bürgermeister und Finanzreferent beklagen den Umstand, daß dem Bund enorme Beträge aus der Mineralölsteuer von Wiener Gemeindebürgern zufließen, während er nur für 15 Kilometer Bundesstraßen gegenüber 2.000 Kilometer Landesstraßen in Wien zu sorgen habe. Diese Schwierigkeit könne auch nicht dadurch behoben werden, daß der Bund einen größeren Anteil des Straßennetzes übernehme, weil er sich erfahrungsgemäß um die Erhaltung der Straßen zuwenig kümmere. Die Lösung liege vielmehr in einem erhöhten Anteil der Stadt Wien an den Einnahmen aus der Mineralölsteuer und dem Zuschlag zur Mineralölsteuer.

Der Redner richtete die Anfrage an den Finanzreferenten, wie hoch die Rücklagen der Gemeinde Wien zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien, da nur der Rücklagenstand von Ende 1962 genannt worden sei. Ferner fragte er an, wie hoch die Gesamtschul der Stadt Wien aus Anleihen und Kreditoperationen sei. Die diesbezüglichen Angaben werden wohl im Rechnungsabschluß aufscheinen, seien aber dann schon zeitlich überholt.

Jedenfalls bedürfe Wien einer stärkeren Unterstützung von Seiten des Bundes. Zur Durchsetzung dieser Ansprüche sei eine andere Sprache gegenüber dem Bund und ein entschiedeneres Eintreten für die Interessen der Stadt Wien nötig.

In diesem Zusammenhang zitiert der Redner auch einen Antrag der ÖVP-Fraktion im Wiener Gemeinderat beim letzten ÖVP-Bundesparteitag in Klagenfurt. In diesem sei nämlich ebenfalls eine intensivere Förderung der Stadt Wien durch den Bund verlangt worden. Dies sei hoffentlich nicht nur ein Alibiantrag der Wiener ÖVP gewesen. Der Finanzreferent sollte diese Stellungnahme der ÖVP-Fraktion dazu benützen, um die Forderungen der Stadtgemeinde Wien gegenüber dem Bund mit größerer Entschiedenheit zu vertreten.

Für die Bevölkerung Wiens ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Vollbeschäftigung und der Aufschwung der Wiener Wirtschaft gesichert werden. Hier gibt es jedoch gewisse Gefahren, die im Zusammenhang mit der EWG bestehen. Wenn Österreich ein Anhängsel der EWG werden sollte, würde Wien in eine extreme Randlage gedrängt, seine Wirtschaft würde stagnieren, unsere Stadt wäre zu einer zunehmenden Provinzialisierung und Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die große Chance Wiens liegt in seiner Brückenfunktion zwischen West und Ost, und das gilt sowohl in wirtschaftlicher wie auch kultureller und politischer Beziehung. Die Gemeinde Wien ist mit ihren Unternehmungen und ihrer Beteiligung an vielen bedeutenden Gesellschaften ein Wirtschaftsfaktor erster Ordnung. Sie kann daher zur Stärkung dieser Wirtschaft, zur Strukturverbesserung und damit zur Sicherung der Vollbeschäftigung und der Erhöhung des Lebensstandards wesentlich beitragen. In krassem Widerspruch zu diesen Möglichkeiten und Verpflichtungen fördert jedoch die Gemeindeverwaltung durch die Erhöhung der Tarife und Gebühren die Teuerung, trägt sie dazu bei, daß gemischtwirtschaftliche Unternehmungen heruntergewirtschaftet werden, und nun soll sogar das gemeindeeigene blühende Unternehmen Gewista reprivatisiert werden.

Namens seiner Fraktion bringt er einen Resolutionsantrag ein, in dem der Wiener Gemeinderat aufgefordert wird, eine aus Mitgliedern aller im Gemeinderat vertretenen Parteien bestehende Kommission einzusetzen mit der Aufgabe, Vorschläge für eine Demokratisierung der Wiener Wahlordnung, für größere Betätigungsmöglichkeiten der Bezirksvertretungen sowie auch für ein Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der Wiener Bevölkerung in wichtigen Fragen auszuarbeiten. Alle unsere Bemühungen um den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fortschritt, alle unsere Opfer für den Wiederaufbau unserer Stadt und unseres Landes wären in Frage gestellt.

gelänge es nicht, die Politik der Entspannung und der Verständigung in der Welt zur Erhaltung und Sicherung des Friedens fortzusetzen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß hinter den vom Finanzreferenten angeführten Millionenbeträgen die gewaltige Arbeitskraft und die enorme finanzielle Leistungskraft der Wiener Bevölkerung steckt, die die Gemeindeverwaltung erst in die Lage versetzen, die von ihr geplanten Projekte durchzuführen. Die FPÖ-Gemeinderäte können allerdings den vom Finanzreferenten zur Schau getragenen Optimismus nicht teilen, daß die angestiegene Budgetsumme der Ausdruck einer gestiegenen Produktivität wäre. Ihrer Auffassung nach ist die Budgeterhöhung eher ein Zeichen der anhaltenden Kostensteigerung und der Geldverdünnung, denen nunmehr Rechnung getragen werden muß. Wenn die Gewerbesteuer und die Lohnsummensteuer für 1964 nur mehr mit einem Plus von 20 Millionen gegenüber 90 bzw. 40 Millionen im heurigen Jahr angesetzt wurden, wenn der Ansatz bei der Grundsteuer lediglich ein Plus von vier Millionen gegenüber 30 Millionen im Jahre 1963 aufweist, dann tritt in dieser geringen Annahme der Steigerung eigentlich die ganze Skepsis des Finanzreferenten gegenüber der wirtschaftlichen Situation zutage, wenn er auch einen rosaroten Optimismus zu verbreiten suchte.

Die Ziffern der Einnahmenseite des Budgets erweisen, daß die Wirtschaftskraft Wiens, des wirtschaftlichen Schwerpunkts Österreichs, nicht im Steigen begriffen sei. Das dürfe einen aber nicht wundernehmen bei der konzeptlosen Wirtschaftspolitik, die der Bund betreibt, bei der Politik der vielen ungelösten Probleme, wie der schleichenden Inflation, des ungenügenden Wirtschaftswachstums, der Wohnungsnot, des Notzustandes unserer Wissenschaft und der Verschuldung des Staates. Wie sehr auch die Wiener Kommunalverwaltung unter dem Preisauftrieb leidet, kann man immer wieder in den Ausschusssitzungen erleben, wo zahlreiche Krediterhöhungen und Kreditüberschreitungen zur Kenntnis genommen werden müssen, die vom Berichterstatter mit dem stereotypen Satz kommentiert werden: "Infolge der und der Kostenerhöhungen hat sich diese und jene Überschreitung ergeben!"

Es ist daher auch kein Zufall, wenn die Kosten für den Wohnungsbau um 70 Millionen höher angenommen werden als 1963, die Zahl der geplanten Wohnungen jedoch die gleiche bleibt. Das Wiener Budget zeigt durch Teuerung aufgeblähte Ansätze, und die erwartete Kostensteigerung ist bereits einkalkuliert, auf dem Wohnungssektor etwa im Ausmaß von 13 Prozent.

Mit dem Teuerungsbudget des Bundes für 1964 ist unser Voranschlag durch den Finanzausgleich auf das engste verbunden. Der Redner wendet sich deshalb gegen die Abhängigkeit des Gemeindebudgets von der Finanzpolitik des Bundes. Im Vorjahr, so erinnert er, mußten die Länder und Gemeinden die Finanzpleite des Bundes durch das Notopfer egalalisieren. Auf Wien entfielen damals 109 Millionen Schilling.

Aber auch die Rathauskoalition hat nichts getan um den Preisauftrieb zu dämpfen. Im Gegenteil, die Gemeinde ist in vielen Fällen sogar Schrittmacher auf diesem Gebiet gewesen. Der Redner erinnert an die Erhöhung der Kanalgebühren oder in jüngster Zeit an die Erhöhung der Kindergartenbeiträge.

GR. Dr. Schmidt beschäftigt sich dann mit verschiedenen Problemen, die, wie er sich ausdrückt, noch immer einer Lösung harren. Er nennt das Wohnungsproblem, den Verkehr, die Gesundheit und die Trinkwasserbeschaffung.

Zum Wohnungsproblem: Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen bleibt stets hinter der geplanten Zahl zurück. 1962 zum Beispiel waren 4.000 Wohnungen geplant, aber nur 3.507 wurden gebaut. Innerhalb von fünf Jahren waren 23.000 Wohnungen geplant, aber diese Zahl wird nicht erreicht werden.

Überraschend ist die geringe Dotierung des Straßenbaues. Für heuer waren 172,7 Millionen veranschlagt, für 1964 nur 163,7 Millionen. Das sind um neun Millionen weniger ohne Berücksichtigung der zehnzehnten Teuerung. Aber nicht nur aus diesem Budget sondern auch an den Voranschlägen der vergangenen Jahre wird ersichtlich, daß die Rathauskoalition nicht in der Lage ist mit den Problemen des Großstadtverkehrs fertigzuwerden. Wie lange hat es zum Beispiel gedauert, bis sich die notwendige zweite Verkehrsebene bei den Verantwortlichen durchgesetzt hat. Es wird auch immer vom Vorrang für den öffentlichen Verkehr geredet. Was wir aber bauen dient alles vornehmlich dem Individualverkehr.

Auch beim Umbau der Zweierlinie ergibt sich für die Straßenbahn nur eine zehnpromtente Steigerung der Reisegeschwindigkeit. Dabei hat Wien ohnehin eine der langsamsten Straßenbahnen.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Ausscheiden von Stadtplaner Professor Rainer, dessen Ratschläge man aus Gründen der Optik und der Propaganda oft nicht hören wollte.

Endlich hat man heute auch davon gehört, daß mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses begonnen wird. Es sei aber ungreiflich, daß man noch so große Mittel für Investitionen der alten Gebäude aufwendet, wo diese doch in den nächsten Jahren abgerissen werden sollen. Der Redner begrüßt es, daß auf dem Spitalssektor große Mittel für Modernisierungen vorgesehen sind. Dringend notwendig wäre es, den Bund dazu zu verhalten, mehr für die Wiener Krankenanstalten zu tun.

Als eines der ungelösten Probleme unserer Stadt bezeichnet der Redner die Wiener Wasserversorgung. Es gibt fast keine Jahreszeit mehr, zu der wir nicht mit dem Wasser sparen müssen. Sicherlich ist an dem steigenden Verbrauch nicht das Komfortbedürfnis der Wiener allein schuld, sondern der steigende Industriebedarf. Leider haben wir bei der Lösung unserer Probleme keine Rangordnung. Es sei nämlich bedeutend lebensnotwendiger, ausreichend Wasser zur Verfügung zu stellen, als ein Museum oder eine Stadthalle zu bauen. Sicherlich sind auch derartige Bauten notwendig, aber erst dann, wenn alle dringenderen Probleme gelöst sind. Die Differenzen zwischen dem "roten" Wien und dem "schwarzen" Niederösterreich tragen wahrscheinlich auch nicht zur Lösung des Wasserproblems bei.

Für die Durchführung der kommenden Gemeinderatswahlen sind sechs Millionen Schilling im Budget veranschlagt. Aufgabe der Gemeindeverwaltung wäre es, für eine gerechtere Auswertung der Stimmen vorzusorgen. Die Gemeinde Wien hat mit der Demokratisierung des Wahlrechtes durch die Einführung der Fünf-Prozent-Klausel bereits einen ersten Schritt getan. Diesem ersten Schritt müßte nun ein zweiter folgen.

Viel wäre über die Wiener Stadtwerke zu sagen. Die FPÖ-Fraktion ist der Meinung, daß es unüberlegt war, im Jahre 1949 die vier Unternehmungen zusammenzupferchen. Damit sollte das Defizit des einen durch Überschüsse des anderen verschleiert werden. Die Gas- und E-Werke müssen durch diese Maßnahmen aber

ihre Investitionen zurückschrauben, was nicht im Interesse dieser Werke und ihrer Abnehmer liegt. Die Sozialtarife bei den Verkehrsbetrieben müßten von der Hoheitsverwaltung getragen werden. Es sei auch nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, sich an verschiedenen Unternehmungen zu beteiligen und damit die Privatwirtschaft zu konkurrenzieren.

Abschließend stellt der Redner fest, daß das vorliegende Budget und die ganze Politik der Gemeinde Wien kaum dazu geeignet seien dem dringenden Personalmangel abzuhelpen und die Sorgen und Probleme unserer Stadt zu lösen. Seine Fraktion könne ihm daher auch nicht die Zustimmung geben.

GR. Mühlhauser (ÖVP) bezeichnet das Budget 1964 als ein Rekordbudget, sowohl an Einnahmen als auch an Ausgaben. Die Budgetausweitung ist einerseits ein Ausdruck des Wirtschaftswachstums und der Leistungsfähigkeit unserer Stadt, andererseits aber das Ergebnis einer langsamen Geldwertverdünnung. Von einigen kleinen Schönheitsfehlern abgesehen, wie etwa die Subventionierung höchst zweifelhafter Stadthallenfilme, wirtschaftlichen Fehlleistungen bei den Wiener Fleischwerken und ähnlichen Dingen, kommt man jedoch zur Überzeugung, daß die Gemeinde Wien die Steuergelder ihrer Bürger ordentlich verwaltet hat. Das Vermögen der Stadt ist gewachsen, die Verschuldung im Vergleich zu anderen Städten gering, wir verfügen sogar über beachtliche Rücklagen.

Das Problem Nummer eins sei das Wohnungsproblem. Die wirtschaftliche Integration Europas und ihre Folgeerscheinungen für Österreich, die Erhaltung der Vollbeschäftigung, der Lebens- und Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft seien das zweite große Anliegen. Dieser Problembereich hänge wieder eng mit dem Verkehrsproblem unserer Stadt zusammen. Bei der Lösung der Verkehrsprobleme zeige sich, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Wien begrenzt ist. Trotzdem leiste sich die Stadtverwaltung manche Dinge, die nicht unbedingt notwendig und unmittelbare Aufgabe einer Stadtverwaltung sind. Es müßte also an der Rangordnung in unserer Kommunalpolitik manches geändert werden.

Auf dem Wohnbausektor sind für das kommende Jahr Mittel für den Bau von 5.000 Wohnungen eingesetzt. Erwartet man sich angesichts der nicht sehr erfreulichen Erfahrungen der letzten Jahre und der ständig zurückgegangenen Wohnbauleistung tatsächlich einen solchen Sprung nach vorne? Oder will man nur mit besonders eindrucksvollen Zahlen aufwarten, weil das Jahr 1964 ein Wahljahr ist? Noch 1957 hat die Gemeinde Wien jährlich rund 6.000 Wohnungen gebaut. 1960 und 1961 konnte die Wohnbauleistung immerhin noch bei rund 4.000 schlüsselfertig übergebenen Wohnungen bleiben. Seither ist sie noch weiter zurückgegangen und dürfte heuer bei 3.200 bis 3.300 Wohnungen ange- langt sein. Tatsache ist, daß jedoch der private Wohnbau trotz aller Schwierigkeiten durch Arbeitskräftemangel usw. seine Bau- kapazität ausweiten konnte. Auch andere, ähnlich große Städte des Auslandes, bauen entscheidend mehr als Wien. Auch die österreichi- schen Landeshauptstädte schneiden bei einem Vergleich weitaus günstiger ab. Diesen in- und ausländischen Städten gemeinsam ist jedoch, daß die Stadtverwaltung selbst keinen eigenen Wohnbau oder fast keinen eigenen mehr betreibt, dafür aber auf breitester Basis den gemeinnützigen Wohnbau fördert. Vielfach sind die Stadtver- waltungen selbst Träger einer oder mehrerer Genossenschaften. Offen- bar kommen die Genossenschaften und andere gemeinnützige Wohnbau- träger mit der Materie Wohnbau besser zu Rande. Sicherlich müssen alle die Wohnbauleistungen der Gemeinde Wien in den Nachkriegs- jahren anerkennen, ebenso jene der Zwischenkriegszeit. Nur haben sich die Verhältnisse seit damals grundlegend gewandelt. Man müßte sich einmal auf fachlicher Ebene mit den geänderten Verhältnissen auseinandersetzen und das Wohnbauproblem gründlich durchleuchten. Wenn es schon auf der Bundesebene bisher nicht möglich war, wäre es vielleicht auf Landesebene möglich, die sehr kritische Frage des Wohnungsneubaues einer zeitgemäßen Lösung zuzuführen.

GR. Mühlhauser stellt sodann den Antrag, im Lauf des Jahres 1964 eine Enquete "Wohnungsbau in einer Millionenstadt" abzuhalten.

Diese Enquete, die vom Magistrat der Stadt Wien unter Teilnahme aller in Frage kommenden Wohnbaufachleute durchgeführt werden sollte, hätte sich mit Fragen der Wohnbaufinanzierung, der Schaffung möglichst gleicher Voraussetzungen für die Wohnungsuchenden, den Mindestanforderungen an eine moderne Großstadtwohnung, mit Problemen des Einfamilienhauses sowie den Grundlagen einer zeitgemäßen Bodenpolitik und der Bereitstellung von Bauland zu befassen.

Zum Thema Wohnungsproblem bedauert GR. Mühlhauser ferner, daß verschiedene Anträge seiner Fraktion bezüglich einer gerechteren Vergabe von Gemeindewohnungen bisher stets abgelehnt worden seien. Zur Bodenfrage erklärt der Redner, daß auch die ÖVP-Fraktion die berechtigte Forderung nach einem Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz anerkennt. Es werde jedoch immer zu wenig berücksichtigt, daß die Verhältnisse in Wien ganz anders seien als in den übrigen Bundesländern. Die Praxis habe gezeigt, daß die Organe der Stadt Wien oft nicht bereit seien, den gesetzlich gegebenen Weg einzuschlagen, wenn es gelte, allgemeine Interessen gegenüber Einzelinteressen durchzusetzen. Für Verkehrs- und Schulbauten bietet die Wiener Bauordnung grundsätzlich jede Möglichkeit zu einer zwangsweisen Enteignung. Das Kernproblem sei also die Beschaffung von Bauland für Wohnbauten. Auf diesem Gebiet fordert GR. Mühlhauser eine richtige Baulandpolitik, für die sich vor allem in den Bezirken 10, 11, 21, 22 und 23 die besten Möglichkeiten bieten würden. Erworbene große Flächen müßten aufgeschlossen und dann auf den kommunalen, aber auch auf den genossenschaftlichen und privaten Wohnbau aufgeteilt werden. Die ÖVP biete in dieser Beziehung ihre Mitarbeit an, verlange aber absolute Sachlichkeit und den Verzicht auf Demagogie und parteipolitische Effekte. Vor allem aber fordere sie dabei den Schutz des Privateigentums vor willkürlichen Eingriffen.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Assanierungsgesetz stellt der Debattenredner die Frage, ob es nicht zweckmäßiger wäre, ein solches Gesetz auf der Ebene des Landes Wien zu beschließen. Ferner sei auch die Schaffung eines Komassierungsgesetzes notwendig. Ein solches Gesetz habe die ÖVP-Fraktion schon mehrmals urgiert.

GR. Mühlhauser befaßt sich sodann mit der Forderung, die Wirtschaft in Wien "europareif" zu machen. Um die Grundlagen dafür erarbeiten zu können, bringt er einen Antrag ein, wonach der Magistrat der Stadt Wien beauftragt werden soll, gemeinsam mit allen in Frage kommenden Organisationen im Rahmen einer Enquete Richtlinien und Empfehlungen für eine Wirtschaftsförderung im Hinblick auf eine europäische Wirtschaftsintegration auszuarbeiten. Die Ergebnisse sollen dann im Rahmen einer Spezialdebatte vom Wiener Gemeinderat behandelt werden.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt sich GR. Mühlhauser mit einigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Wien. Eines der Hauptkennzeichen dieser Schwierigkeiten seien die alten und zu klein gewordenen Werkstätten und Betriebe in den alten Stadtteilen. Ferner fehle es den Wiener Gewerbe- und Industriebetrieben an ausreichenden Lagerplätzen. Daher müsse Vorsorge für den Raumbedarf der Wirtschaft getroffen werden. Diese Forderung sei zwar bereits im Rahmen des städtebaulichen Grundkonzeptes gestellt worden, man müsse jedoch bedenken, wie schwierig es für einen Gewerbetreibenden sei, seine veraltete Betriebsstätte aufzugeben und in den "zukunftssträchtigen" Randgebieten unserer Stadt eine neue aufzubauen. Dies übersteige in den meisten Fällen seine Kraft.

Da die vorgesehenen Hilfsmöglichkeiten auf diesem Gebiet keineswegs ausreichend seien, stelle er den Antrag, der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen möge mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien Kontakt aufnehmen, um gemeinsam Möglichkeiten für die Förderung von Betriebsneu- und Ausbauten nach modernsten Gesichtspunkten und im Hinblick auf eine wirtschaftliche Integration Europas zu besprechen.

Österreich und seine Volkswirtschaft, so stellt GR. Mühlhauser weiter fest, seien auf Gedeih und Verderb mit der Wirtschaft Westeuropas verbunden. In diesem Zusammenhang gäbe es jedoch für den Wiener Unternehmer zahlreiche Nachteile, vor allem auf dem Gebiet des Transportwesens. So müßten zum Beispiel die Transportverhältnisse nach Westeuropa verbessert werden, unter anderem zum Beispiel durch den forcierten Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals. Auf dem Gebiet der Donauschifffahrt habe Wien jedenfalls viel nachzuholen.

Im weiteren kommt GR. Mühlhauser auf die Verkehrslage in Wien selbst zu sprechen. Er stellt fest, daß Wien beim Ausbau der Straßen trotz allen Anstrengungen der Stadtverwaltung einer Verkehrskatastrophe entgegengehe. Die bisherigen großen Verkehrsbauten der Stadtverwaltung bezeichnet der Debattenredner als ungenügend und erklärt, daß zahlreiche Unterlassungssünden begangen wurden und es noch immer an einem Konzept für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel mangle. Als Beispiele für die bei den Verkehrsbauten fehlende Großzügigkeit zählt GR. Mühlhauser die Ringturmkreuzung, die Babenbergerkreuzung und die Schottenkreuzung an. Bei allen diesen Projekten sei versäumt worden, die voraussichtliche Verkehrsentwicklung miteinzuplanen.

Zum Problem des Ausbaues der Autobahn-Zu- und Abfahrtsstraßen im Raum Wien erklärt der Debattenredner, er verstehe nicht ganz die Haltung der Sozialisten in der Finanzierungsfrage. Diese Haltung sei inkonsequent.

GR. Mühlhauser verweist sodann darauf, daß über Initiative der ÖVP-Gemeinderatsfraktion der ÖVP-Abgeordnete Dr. Fiedler im Zuge der heutigen Behandlung der Budgetgruppe Handel im Nationalrat einen Antrag einbringen wird, in dem der Handelsminister ersucht wird, gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, durch die jetzt schon die künftig durch Wien führenden Autobahnstraßen festgelegt werden, und im neuen Finanzausgleich Wien durch Übernahme einzelner Wiener Landesstraßen zu entlasten. Es ist zu hoffen, daß dieser Durchbruch auf Bundesebene gelingt und die Interessen der Gemeinde Wien entsprechend berücksichtigt werden.

Aber auch zum weiteren Ausbau der Schnellbahn könnte der Bund manches beitragen. Der Wiener Finanzreferent möge daher mitteilen, ob er in den letzten zwei Jahren vom Verkehrsministerium um eine Vorfinanzierung ersucht wurde, ob er selbst dazu Schritte eingeleitet habe und wie er die Frage einer weiteren Vorfinanzierung des S-Bahn-Ausbaues beurteile.

Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Verkehrsbetrieben eingehend, dankt der Redner zunächst deren Direktion und Bediensteten dafür, daß es ihnen durch Rationalisierungs- und Einsparungsmaßnahmen gelungen ist, ein Jahresersparnis von 52 Millionen Schilling zu erzielen. Die Situation auf diesem Sektor sei allerdings trostloser denn je. Die Betriebseinnahmen

der Verkehrsbetriebe reichen nicht einmal mehr aus, um die Kosten für Löhne, Gehälter und Pensionen decken zu können. Wie lange will man der Leitung dieses Betriebes mehr oder weniger aufzwingen, daß sie fortgesetzt Handlungen setzen muß, die in anderen wirtschaftlichen Bereichen als fahrlässige Krida beurteilt würden? Man wird endlich mit der unverdienten Degradierung der Verkehrsbetriebe und aller bei ihnen Beschäftigten Schluß machen müssen.

Unter Hinweis darauf, daß nach dem Subsidiaritätsprinzip die öffentliche Hand nur jene Aufgaben übernehmen sollte, die von privater Seite oder von zwischengeschalteten Gliedern nicht mehr erfüllt werden können, stellt GR. Mühlhauser einen Antrag, in dem das Kontrollamt der Stadt Wien beauftragt wird, zu untersuchen, inwieweit eine Beteiligung der Stadt Wien an gemeinwirtschaftlichen Betrieben, wie an der Wien-Kredit und den Wiener Fleischwerken, im öffentlichen Interesse ist, welche betriebsmäßig geführten Magistratsabteilungen sich in eine Betriebsform überführen ließen, die jener der Stadtwerke entspricht, und welche steuertechnischen und budgetären Auswirkungen sich durch den Einbau der Wasserwerke, der Müllabfuhr, Müllverbrennung und Fernheizung in eine selbständige Stadtwerke-Gesellschaft ergäben. Weiter bringt er die ÖVP-Forderungen nach Maßnahmen zur Förderung von Garagebauten, einem Generalverkehrsplan, dem Schutz des Trinkwassers vor Verunreinigungen und nach kostenloser Beistellung der Lernmittel auch für Schüler privater Pflichtschulen, deren Bestand der Gemeinde Wien viele Millionen Schilling einsparen hilft, in Erinnerung und setzt sich neuerlich für die Demokratisierung der Verfassung der Stadt Wien ein.

Die Wassermisere Wiens werde in den nächsten Jahren nur noch ärger werden. Das Grundwasserwerk Lobau gestattet nur eine kleine Atempause. Die Stimmung in der Bevölkerung lasse sich in einem Satz wiedergeben: "Einen Donauturm bauen's, aber Wasser haben wir keines!" Man muß sich wirklich fragen, ob wir in unserer Kommunalpolitik eine echte Rangordnung haben. Alle jene Wiener, die zuletzt Wasser schleppen mußten und es nun wieder tun müssen, pfeifen auf solche "Gspassettn" wie die für die WIG errichteten elektronisch gesteuerten Brunnen, Wasserspiele usw., sie wollen ihr Wasser haben.

Die Wiener ÖVP stehe dem vom Magistrat ausgearbeiteten Schulprogramm sowie auch dem Programm auf dem Spitalsektor durchaus

positiv gegenüber. Wo aber bleiben ähnliche Pläne auf allen anderen Gebieten der Gemeindeverwaltung?

Den Volksvertretern obliege es, Beschlüsse zu fassen, damit sparsam verwaltet, gut und zweckmäßig für unser Wien gearbeitet wird. Wir dürfen aber nicht nur an das Heute denken. Unsere Sorge muß auch jenen gelten, die vordem für uns gearbeitet und sich nach einem arbeitsreichen Leben einen sorgenfreien Lebensabend verdient haben. Für diese Menschen müßte ein Alten-Plan geschaffen werden. Der größte Teil der Arbeit des Gemeinderates wird aber der Jugend zugute kommen. Sie benötigt vor allem mehr Jugendzentren, mehr Jugendklubs und vor allem viel mehr Sportplätze. Aber auch für eine bessere Freizeitgestaltung der Jugend wird ein entsprechender Beitrag zu leisten sein.

Wir wollen, schließt GR. Mühlhauser, mit diesem Budget nicht ein fiskalisches Denkmal setzen, sondern es als einen Baustein für die Zukunft unserer Stadt, die Zukunft unseres Landes betrachten. In diesem Sinne wird die ÖVP-Fraktion den Ansätzen die Zustimmung geben.

Als nächster Debattenredner meldet sich GR. Bock (SPÖ) zu Wort. Er führt aus: Ich danke dem Präsidenten Mühlhauser, daß er uns das Wahlkonzept der ÖVP für die kommende Gemeinderatswahl verraten hat! Offenbar hat sich die Erziehungsarbeit der SPÖ durchgesetzt und der Grundsatz, daß nur echte Leistungen anerkannt werden. Ein Verdienst daran kommt auch dem auf der Galerie anwesenden Herrn Pletzer zu, der die "neue Welle" der ÖVP publizistisch vertrat.

Ich möchte zum materiellen Inhalt des Budgets nicht Stellung nehmen, was der Spezialdebatte vorbehalten sei, sondern zum ideellen Inhalt. Jedes Budget des Wiener Gemeinderates beeinflußt die Entwicklung der Stadt außerordentlich. Darum ist es wichtig, daß es im Einklang mit den grundsätzlichen Vorstellungen von der kommunalen Lage und mit dem Ziel des Arbeitsprogrammes des Gemeinderates erstellt werde. Die kommunale Lage und das Programm des Gemeinderates sind Kulisse und Bühnenbild der nüchternen Zahlen des Budgets.

Das Budget 1964 gewinnt als letztes Budget der laufenden Legislaturperiode naturgemäß besondere Beachtung. Zwei Fragen sind in den Vordergrund zu stellen:

1. Was kennzeichnet unsere kommunale Situation?

2. Sind alle Vorkehrungen getroffen, um der zukünftigen Entwicklung gerecht zu werden?

Zum ersten Punkt: Die kommunale Lage ist die Summe der gelösten und ungelösten Probleme der Stadtverwaltung. Sollten die ungelösten die gelösten überwiegen, würde ich von Mißerfolg oder Krise sprechen. Der Rückblick auf die Zeit nach 1945 zeigt uns jedoch, daß dies nicht der Fall ist. Wien hat nie kapituliert und resigniert vor den Problemen der Gegenwart. Wir sind mit der Nachkriegszeit, den Besatzungsschwierigkeiten und dem Tiefstand der Wirtschaft fertig geworden. Wir denken an den Aufstieg nach dem Staatsvertrag und daß sich das Antlitz der Stadt von Jahr zu Jahr ändert, vor den Augen aller Bürger und nun auch der ÖVP.

Freilich gibt es noch ungelöste Probleme, die ich in fünf große Gruppen einteilen möchte.

Erstens: das Wohnungsproblem! Eine Zeitung kritisierte heuer, daß Wien eine Rangordnung fehle. Eine solche ist formell freilich nicht aufgestellt. Jedoch im Rückblick auf die Entwicklung der letzten Jahre kann man feststellen: der Wohnungsneubau war immer Problem Nummer eins der Wiener Kommunalpolitik. Es wird auch das Vorrangproblem bleiben müssen, solange, bis jeder Wiener Bürger eine den heutigen Anforderungen entsprechende Wohnung besitzt. Ob im Wohnungsneubau das kommunale oder das genossenschaftliche Prinzip zur Anwendung gelangt, wird von der Entwicklung abhängen. In jedem Fall aber - und das ist entscheidend - muß es ein sozialer Wohnbau sein.

Wie ist die Wohnungslage in Wien? Wohnungssorgen gibt es überall in der Welt, für die vor allem drei Faktoren verantwortlich sind: einmal das ungeheure Wachstum der Städte. Dieses Problem ist für Wien zunächst noch nicht brennend, da sich die Wachstumsbeschwerden in erträglichen Grenzen halten. Einem jährlichen Zuzug von 100.000 Einwohnern steht ein jährlicher Abgang von 75.000 gegenüber. Die verbleibende Differenz ruft noch nicht solche Beschwerden hervor, wie etwa in Mailand oder München. Wird das aber so bleiben?

In Deutschland rechnet man noch mit einer Landflucht von zwei Millionen. Für Österreich sind keine Berechnungen vorhanden. Es wird aber auf eine Landflucht von 150.000 bis 200.000 Personen geschätzt. Der zweite Faktor ist der Trend zur Auflockerung.

Der dritte die Qualitätsverbesserung der Wohnungen.

Dieser letztere Gesichtspunkt ist für Wien die entscheidende Frage: Eine Statistik hat für Wien einen Fehlbestand von 14.000 Wohnungen festgestellt, während der sogenannte qualitative Fehlbestand mit 150.000 berechnet wurde.

Hätten wir keinen Krieg und keine faschistische Epoche gehabt, wäre es bei uns anders. Die fehlenden 15 Jahre gehen uns ab. Das ist der Tribut der Stadt Wien an die beiden Faschismen, die wir gehabt haben. Hoffentlich stehen uns nunmehr lange friedliche Zeiten für den Neuaufbau bevor.

Zweitens: Das Problem der Bodenbeschaffung! Wer Grund und Boden besitzt, bestimmt die Entwicklung der Städte. Diesen Grundsatz hat auch Adenauer als Oberbürgermeister vertreten. Wer den Grund besitzt bestimmt nicht nur die Art, sondern auch das Tempo der Entwicklung einer Stadt. Die ÖVP ist wohl nicht dieser Meinung, denn das "Volksblatt" vom 22. November kritisiert die Erhöhung des Grundkaufbudgets der Gemeinde Wien auf 180 Millionen Schilling und greift den Finanzreferenten Slavik wegen der Grundkäufe der Stadt Wien aus Steuergeldern an. 50 Prozent des Wiener Bodens seien im Besitz der Stadtgemeinde. Wie liegt nun die Sache wirklich? Wien umfaßt 41.409 Hektar. Davon sind 17.477 Hektar in Gemeindebesitz. Das sind 42 Prozent der Fläche. Jedoch muß man bedenken, daß der Grundbesitz der Stadt Wien vorwiegend aus Wäldern, Parkanlagen und Grünflächen, Straßen, Friedhöfen und dergleichen besteht. Entscheidend ist ja nur der Besitz des Baugrundes. Hier kann man fragen: Kaufen wir teuer? Nationalrat Prinke hat im Parlament behauptet, Wien treibe die Preise in die Höhe. Damit wird merkwürdigerweise nicht dem Verkäufer, sondern dem Käufer die Schuld an den hohen Preisen gegeben. Viele Gründe, die die Gemeinde Wien nicht hatte kaufen wollen, weil sie zu teuer waren, haben dann andere gekauft. (Zwischenruf Str. Sigmund, SPÖ: Wir kaufen, wo wir bauen müssen.-Zwischenruf ÖVP: "Kost's was Kost'!")

Schuld am Preisauftrieb ist vielmehr das Fehlen eines Bodenbeschaffungsgesetzes. Diesbezügliche Entwürfe dienen oft nur der Optik. Entscheidend ist aber, daß wir ein brauchbares Gesetz bekommen.

Grund und Boden ist aber nicht nur teuer sondern auch knapp. Überall werden die Gemeindegrenzen von der Entwicklung gesprängt.

auch der Lebensraum in Wien wird eng werden und eine Stadterweiterung wird sich einmal als nötig erweisen. Dieses Problem ist vielleicht noch nicht brennend, aber es steht uns bevor. Ein Einverständnis mit dem Nachbarland Niederösterreich und den betroffenen Bewohnern wird hergestellt werden müssen.

Drittens: Die Frage der Wasserversorgung. Dazu gehört die Frage des Trinkwassers, der Abwässer und des totalen Hochwasserschutzes. Diesbezügliche Pläne sind ja bekannt, nicht aber die Schwierigkeiten ihrer Realisierung. Trotz Erklärung der NEWAG und des Landeshauptmannes Figl, sage ich: Man hat Wien diskriminiert. Aktenläufe werden verzögert und Äußerungen nicht unbedeutender Politiker haben eine andere Meinung gezeigt, als die Landeshauptmann Figls. Wir nehmen aber zur Kenntnis: Niederösterreich will keinen Wasserkrieg.

Schuld an dem Wassermangel des Jahres 1963 war die Trockenheit und nicht die Gemeindeverwaltung. Viele Stimmen sagten aber, die Gemeinde habe versagt, und man sprach sogar von einem "einzigartigen Skandal". Einzigartig ist nur die Benachteiligung Wiens in dieser Frage. Wien hat 1951 126 Millionen Kubikmeter Wasser geliefert, 1962 dagegen 161 Millionen Kubikmeter. Diese enorme Leistung wird oft verschwiegen. Aber wenn Schwierigkeiten auftreten, kommen die Schreier und Giftspritzer. Ich möchte zwei Beispiele bringen: GR. Leinkauf forderte, daß die Gelbkreuzgranaten in Steinfeld, die das Wasser vergiften könnten, von der Gemeinde entfernt werden sollten. Wir standen damals auf dem Standpunkt, dies sei Bundessache. Der Bund hat sich der Sache bereits angenommen, und die Gemeinde hat dadurch Millionenbeträge erspart. Zweites Beispiel, die Lobau: GR. DDR. Strunz wollte schon Wasserrohre legen lassen, kann er aber auch den Konsens und die Zustimmung der Wasserbehörde garantieren? (Zwischenruf StR. Schwaiger, ÖVP: "Vom Gaswerk verlangt aber der Kollege Heller, daß ma' schon vorher die Röhrln legen!" - GR. Adelpoller: "Es wird nie verboten werden, daß in diesen Rohren Gas strömt!")

Viertens: Das Problem der Wasserschutzbauten. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft veröffentlicht sehr schöne Grundsätze vom "gesamtvolkswirtschaftlichen Interesse" der Wasserschutzbauten. Für Wien sind jedoch noch sehr wenige Leistungen erbracht worden. Die Wasserschutzbauten sind ein Beispiel der Benachteiligung Wiens.

Fünftens: Verkehrsprobleme. Wien hat aus den Irrwegen der amerikanischen Städte den richtigen Schluß gezogen und deren Fehler vermieden. Der Verkehr soll nicht aus der Rolle des Dienens in die Rolle des Tyrannen aufsteigen. Mit dem Automobil ist es wie mit der Taubenplage: Je mehr man die Tauben füttert, desto mehr vermehren sie sich. Viele dieser wesentlichen Fragen sind für Wien aber tabu. Ich möchte vier Grundsätze aufstellen:

Der Massenverkehr muß Vorrang haben.

Die Innenstadt soll nicht autogerecht, sondern geschäftsgerecht sein.

Wien braucht ein Netz von leistungsstarken Straßen zur Entlastung der Innenstadt.

Der Fußgänger soll langsam wieder zu seinem Recht kommen.

Der Verkehr wird sich weiter verdichten, bis auf ein Kraftfahrzeug pro Haushalt. Sünden in der Verkehrsplanung von heute werden sich bitter rächen.

Bock sagte weiter, er bewundere die guten Beziehungen Stadtrat Schwaigers zur Bundesbahn, denn das meiste von dem, was er in der Pressekonferenz angeregt hat, ist schon im neuen Investitionsprogramm der Bundesbahn enthalten. Es wäre aber besser gewesen, Stadtrat Schwaiger hätte gesagt, die Wiener ÖVP werde mit aller Kraft dafür eintreten, daß das neue Zehnjahresinvestitionsprogramm des Bundes verwirklicht wird. Das ist nämlich die Grundvoraussetzung für die Durchführung der Schnellbahnpläne. (Stadtrat Schwaiger: Das wurde von mir bei der Pressekonferenz gesagt!) Warum schreiben es dann die Zeitungen nicht?

Es wurde schon gesagt, daß die Wiener Innenstadt nicht autogerecht sondern geschäftsgerecht sein müsse. Eine Sperre der Inneren Stadt für den Autoverkehr hieße jedoch gegenwärtig, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Erst wenn wir leistungsfähige Umfahrungsstraßen besitzen, kann vielleicht dieser Augenblick kommen.

./.

Trotzdem könnten wir heute heute schon gewisse Maßnahmen treffen. Es gilt die Dauerparker und den Durchzugsverkehr wegzubringen. Der Redner tritt für eine Ausweitung der Blauen Zone auf die gesamte Innenstadt ein, wobei dann umgekehrt nur für gewisse Gebiete eine Dauerpark-Erlaubnis gegeben werden dürfte. Ferner vertritt er ein Einbahnsystem für die gesamte Innenstadt und Fußgängerzonen, zumindest zu gewissen Zeiten und zu gewissen Tagen. Allgemein bemerkt GR. Bock, man sollte aufhören, die Verkehrsprobleme zu verpolitisieren.

Eingehend beschäftigt sich GR. Bock mit der finanziellen Lage Wiens. Die Wiener Finanzpolitik hat einen guten Ruf in der Welt. Wir hatten nie Budgetkrisen, wir leben nicht über unsere Verhältnisse, wir haben sogar als fast einzige Stadt Reserven angelegt. Nach deutschen Zeitungsberichten ergibt eine Zusammenfassung von 14 deutschen Großstädten mit acht Millionen Einwohnern eine Schuldenlast von 3.530 Schilling pro Kopf. Der Redner nannte einzelne Beispiele. In Frankfurt beträgt die Schuldenlast pro Kopf 7.644 Schilling, das Steueraufkommen nur 2.718 Schilling. München hat eine Schuldenlast von 3.241 Schilling und Einnahmen von 2.016 Schilling. Nach einer Statistik des Österreichischen Städtebundes hat zum Beispiel Amstetten 2.481 Schilling Schuldenlast, aber nur 703 Schilling Einnahmen. Ähnliches gilt für alle übrigen österreichischen Städte. Für Wien beträgt die Schuldenlast pro Kopf nur 240 Schilling, die Steuereinnahmen machen jedoch 2.496 Schilling aus. Selbst wenn man die Schuldenlast der Stadtwerke dazurechnet, ergeben sich pro Kopf nur 1.180 Schilling gegenüber - wie schon gesagt - 2.496 Schilling Einnahmen. Dies ist wohl das beste Zeugnis dafür, daß wir eine gesunde Finanzpolitik betreiben. Diese Finanzpolitik gibt uns die Sicherheit, daß wir auch in den kommenden Jahren unsere Aufgaben erfüllen werden. Wir haben das Programm erfüllt, das unser Bürgermeister in seiner Antrittsrede der Wiener Bevölkerung verkündet hat, ja wir haben darüber hinaus weitere Leistungen gesetzt. Trotzdem tauchen Spekulanten auf, die nachweisen wollen, daß die Sozialisten ihr Programm nicht erfüllen. Der Redner versichert, daß die Sozialisten ihr Versprechen einlösen werden.

Der Generalredner der Sozialisten wendet sich dann der Arbeit im Wiener Gemeinderat zu. Er vertritt die Meinung, daß die Sitzungen des Gemeinderates durchaus eine demokratische Gesinnung in sich tragen. Es gibt die Möglichkeit einer echten Diskussion in diesem Haus. Wenn GR. Lauscher jedoch eine Aufwertung des Gemeinderates fordert, so bedeutet es sicher keine Aufwertung, wenn die Debattenredner vorlesen. Dann könnten wir uns ja gleich unsere Konzepte zur Begutachtung zuschicken. Im übrigen verbietet die Geschäftsordnung dem Debattenredner die Verlesung seiner Rede.

Trotzdem: das Klima im Wiener Gemeinderat ist an und für sich gut. Beschlüsse über Ausgaben werden fast immer einhellig gefaßt. Wenn es aber um die Einnahmen geht, sieht es mit der Einigkeit schon etwas schlechter aus. Wenn es zum Beispiel nach den Kommunisten ginge, würde die Straßenbahn noch immer 35 Groschen kosten. Die FPÖ hat noch keine große Erfahrung, sie enthält sich meist der Stimme. (GR. Schmidt, FPÖ: Gibt es gar nicht, kennt die Geschäftsordnung nicht! - Stadtrat Sigmund, SPÖ: **Außigehen** ist dasselbe!)

Anders bei der ÖVP. Mit den Herzen sind sie bei Tarifierhöhungen nicht dabei. (GR. Mühlhauser, ÖVP: Tarifierhöhungen macht man auch nicht mit dem Herzen, sondern mit dem Verstand!). Die ÖVP, repliziert GR. Bock, stimmt im Gemeinderat zu, in ihren Zeitungen wird es aber dann so dargestellt, als ob die Sozialisten die Tarifierhöhungen allein beschlossen hätten.

GR. Bock begrüßt jedoch, daß sich anscheinend bei der Wiener ÖVP der Wille durchgesetzt habe, gegen die Benachteiligung der Bundeshauptstadt durch den Bund aufzutreten. Er hoffe, daß die Sozialisten nun endlich einen Partner gefunden haben, der sich dafür einsetzt, daß sich die Benachteiligung Wiens aufhört. GR. Mühlhauser hat ein Bekenntnis zu Wien abgelegt, und wir wollen es glauben.

Für uns Sozialisten, schließt der Redner, ist Wien nicht nur die Stadt in der wir leben, in der wir arbeiten und in der wir wirken, ist nicht nur die geliebte Bundeshauptstadt unserer Republik Österreich. Wien ist viel mehr: Wien ist für uns Sozialisten eine Idee und ein Ziel für das wir uns stets mit all unserem Können einsetzen wollen! Der Stadt Wien zu dienen ist uns Schicksal! Deshalb stimmen wir dem Budget für 1964 zu. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Peter (FPÖ) erklärt, daß ihn die Ausführungen des GR. Bock zur Wortmeldung veranlaßt haben. So verwies dieser darauf, daß Wien für seine Ausdehnung Raum braucht. Selbstverständlich braucht Wien diesen Raum, aber waren es nicht gerade die beiden Koalitionsparteien, die sich zerrissen haben, um Wien wieder in seine alten Grenzen einzuengen und die verschiedenen Gemeinden gegen den Willen ihrer Bevölkerung wiederum Niederösterreich einzugemeinden? Heute wollen es nun jene wieder rückgängig machen, die diese Ausgemeindung damals selber forcierten. Hätte man damals eine Volksabstimmung gemacht und dem Willen des Volkes Rechnung getragen, wäre es nie zu dieser Einengung unserer Stadt gekommen.

Mit Stolz hat GR. Bock auch auf die Reserven verwiesen, über die Wien verfügt. Er hat aber anscheinend übersehen, daß diese Reserven von Jahr zu Jahr geringer und daher auch einmal aufgebraucht sein werden.

Zur Stimmenthaltung: Vom Standpunkt der Regierungsparteien aus gesehen hat es die Opposition sicherlich leichter. Von ihrem eigenen Standpunkt aus jedoch keinesfalls. Sie ist aber eine notwendige Einrichtung der Demokratie. Wenn darauf angespielt wurde, daß die Freiheitlichen manchmal in den letzten Jahren bei Abstimmungen den Saal verlassen haben, dann muß gesagt werden, daß dies immer nur bei der Beschließung von Ehrenzeichen, Plaketten oder sonstigen Würden an Politiker der Fall war, für die die Freiheitlichen eben keine Sympathien hegten. Sie verließen den Saal nur aus dem Grunde, damit der Beschluß dann "einstimmig" gefaßt werden konnte, denn letzten Endes sieht das doch schöner aus.

Die Budgetdebatte bezeichnet der Redner als den größten Rahmen im Laufe eines Jahres, in dem man auch allgemeine Dinge besprechen kann, die in den einzelnen Sitzungen nicht untergebracht werden können. Leider wird aber den Budgetberatungen von Seiten der Bevölkerung nicht das entsprechende Interesse entgegengebracht. Eine Ursache liegt vielleicht darin, daß ein Großteil der Bevölkerung eine Aversion gegen Politiker hat. Man wirft ihnen die Immunität, den Klubzwang, die Bezüge und alles mögliche vor. Letzten Endes hat aber das Volk seine Vertreter gewählt und sie damit beauftragt, in seinem Interesse zu wirken. Ist das aber immer der Fall?

Der Redner stellt fest, daß er stets bemüht ist, im Gemeinderat gerade das zu sagen, was der einzelne Bürger hier in diesem Saal gern sagen würde. Wenn er das aber auf volkstümliche Art tut, wird ihm das vielfach übel genommen.

Der Redner tritt für die Einführung einer Fragestunde ein, die große Vorteile hätte. Heute werden eingebrachte Anfragen auf schriftlichem Wege beantwortet, die Öffentlichkeit erfährt also nichts davon. In einer Fragestunde müßte eine Anfrage aber gleich beantwortet werden. Wir wollen schließlich, daß die Demokratie vervollkommen wird und die Bevölkerung und die Öffentlichkeit nicht berechtigte Kritik an ihr üben können. Gleichheit müßte bezüglich der Meinungswertung geschaffen werden. Die Meinung der Opposition müßte ebensoviel gelten, wie die Meinung der Koalitionsparteien. Leider ist aber diese Gleichheit nicht einmal im Wahlgesetz gewährleistet. Ein Mandat einer Oppositionspartei kostet ungleich mehr Stimmen als ein Mandat einer großen Partei. Eine Änderung der Wahlgesetze wäre daher dringend notwendig. Als ungerecht bezeichnet es der Redner auch, daß die Koalitionsparteien ihre Redner immer am Schluß der Debatte haben. Die Oppositionsredner haben daher keine Möglichkeit mehr, zu den Ausführungen Stellung zu nehmen. Man hat auch nicht die Möglichkeit, auf die zur Beratung stehenden Anträge Einfluß zu nehmen. Man kann zu ihnen zwar Stellung nehmen, aber selbst berechtigten Anregungen wird nie Rechnung getragen.

Vizebürgermeister Slavik sagt in seinem Schlußwort:

Zur Preisentwicklung: Sie liegt bei 2.4 Prozent und ist daher von 1963 auf 1964 günstiger als im Jahr vorher. Über die Frage der Leistungsfähigkeit der Bauindustrie wird zweckmäßiger beim Kapitel VI zu diskutieren sein.

Was die Sperrungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben und den Stadtwerken anlangt, kann man rückblickend sagen, daß sie in den meisten Fällen zur Gänze oder zum größten Teil im Laufe des Jahres aufgehoben wurden. Zur Kritik, daß manches zu lange studiert werde, ist zu sagen, daß es notwendig ist, die Probleme gründlich zu überlegen, bevor man sie verwirklicht. Es sei nicht unsere Aufgabe, durch voreilige Entscheidungen zu Fehlentscheidungen zu kommen. Wir dürfen nur das beschließen, von dem wir überzeugt sind, daß es auch richtig ist. Durch die zinsfreien Kredite wurden 2.822 Häuser repariert und 1.194

Kanalanschlüsse finanziert. Insgesamt wurde über 830 Millionen Schilling der Beschluß gefaßt. Rückgeflossen sind bis jetzt 742.807 Schilling.

Dem Verzicht auf 40 Prozent Gewerbesteuer stehen nicht nur einige unbedeutende Erhöhungen bei anderen Steuern gegenüber, so etwa bei der Mineralölsteuer und bei der Umsatzsteuer, die allerdings sehr bedeutende Steuern sind, es ist auch die Aufhebung des Notopfers und vor allem die Übernahme des Bundes für die Ausgleichszulage nach dem ASVG. und dem GSPVG. Man kann also die Rechnung anstellen und wird daraufkommen, daß der Finanzausgleich gut durchgerechnet war und für die Partnerländer und Gemeinden keinen schlechten Abschluß bedeutet hat.

Die Verzögerungen bei der Lösung der Verkehrsprobleme entstünden vor allem dadurch, daß natürlich zuerst gründlich beraten werden müsse, bevor man zu Entschlüssen komme. Der Umbau des Karlsplatzes könne deshalb noch nicht begonnen werden, weil gegenwärtig in diesem Raum bekanntlich bereits an anderen großen Projekten, wie zum Beispiel am Umbau der Lastenstraße, gearbeitet werde. Zusätzliche Umleitungen, wie sie ein Umbau des Karlsplatzes mit sich bringe, wären in der gegenwärtigen Situation keineswegs tragbar.

Bei der Schätzung der Einnahmen im Voranschlag sei er keineswegs skeptisch gewesen, wie man erklärt habe, sondern nur optimistisch und vielleicht vorsichtig. Diese Vorsicht habe sich jedoch stets bewährt. Daß es im Zusammenhang mit der Lohnsummensteuer eine Lücke im Gesetz gibt, sei dem Magistrat bekannt. Im Wiener Landtag werde man sich in Kürze mit einer Vorlage darüber beschäftigen. Im Wohnungsbau habe man gründlich dafür vorgesorgt, daß die von ihm angegebene Zahl an Wohnungen finanziert werden kann. Wieweit die Fertigstellung der Wohnungen möglich ist, hänge nicht von der Finanzverwaltung ab.

Zu den Vorwürfen, daß die Stadtverwaltung mit den Problemen des Großstadtverkehrs nicht fertig werden könne, meinte Vizebürgermeister Slavik, er kenne keine Großstadt der Welt - vielleicht mit Ausnahme von Brasilia, wo es noch keinen Verkehr gibt -, in der man mit diesen Problemen fertig wird.

Überall dort, wo jeder Einwohner das Recht hat, sich so viele Autos zu kaufen wie er will und kann, wird es immer Verkehrsprobleme geben.

Zum Thema Stadtwerke könne er nicht in den allgemeinen Trauerchoral einstimmen, erklärte der Vizebürgermeister. Immerhin sei ja der Abgang der Stadtwerke von 424 Millionen Schilling im Jahr 1957 auf nicht ganz acht Millionen Schilling im Jahr 1962 gesunken. Zur Frage der privatwirtschaftlichen Betätigung wiederholt der Referent die Grundsätze und Auffassungen, die in der Stadtverwaltung darüber herrschen.

Anschließend kommt er nochmals auf den Wohnungsbau zu sprechen, der großen Raum in der Diskussion eingenommen habe. Er erklärt, daß in Wien beim Wohnungsbau durchaus alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. In Wien gäbe es zum Unterschied von allen anderen Bundesländern sogar zwei separate Aktionen auf dem Wohnbausektor, nämlich die Neue Wiener Wohnbauaktion und den kommunalen Wohnungsbau.

Zu den Vorwürfen der ÖVP über die Enteignungsfrage stellt er fest, daß bei Enteignungsvorschlägen die größten Schwierigkeiten gerade durch die ÖVP gemacht würden. Wenn die heutige Ankündigung der ÖVP eine Änderung in dieser Haltung bedeute, würde dies alle nur freuen. Bei der Enteignung gehe es um nichts anderes als um die Frage, wieweit der Private das Recht haben darf, die Allgemeinheit schamlos auszubeuten. Was die Draschegründe betreffe, sei man schon längst dabei, die Aufschließung durchzuführen.

Über die vorliegenden Anträge im Zusammenhang mit den Integrationsvorbereitungen der Wiener Wirtschaft stellt Vizebürgermeister Slavik fest, daß auf diesem Gebiet schon seit langem Untersuchungen durchgeführt werden und auch schon ein umfangreiches Programm aufgestellt wurde. Es liegen sogar schon Teilergebnisse vor, die Untersuchungen gehen jedoch weiter. Es stimme also nicht, daß auf diesem Gebiet nichts getan werde, es geschehe im Gegenteil sehr viel.

Ebenso studiere man schon seit langer Zeit die Probleme, die sich im Zusammenhang mit dem Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals ergeben. Die Förderung der Donauschifffahrt sei ein altes Anliegen der Stadtverwaltung, und gerade deshalb werde der Donauhafen ausgebaut und gerade deshalb sei die Hafenbetriebsgesellschaft gegründet worden. Auch hier habe man also nicht geschlafen.

Als "ganz neu" bezeichnet Vizebürgermeister Slavik ironisch die Feststellung, daß es im Straßenverkehr in den Spitzenzeiten zu Stauungen komme. Solche Stauungen gebe es zu diesen Zeiten in allen Großstädten, sogar in Moskau. Bisher sei es noch niemandem gelungen, hier eine Besserung herbeizuführen. Wollte man dies nämlich tun, müßte man die Kapazität der Straßen etwa um das Fünffache verstärken, damit sie den Spitzenverkehr reibungslos aufnehmen können.

Stellungnehmend zur Anfrage über den Ausbau der Schnellbahn beantwortet Vizebürgermeister Slavik die Frage, ob eine Vorfinanzierung des Projektes durch die Gemeinde Wien vorgesehen sei, dahingehend: Das Bundesministerium für Finanzen konnte einer Vorfinanzierung durch die Gemeinde Wien nicht zustimmen, weil nach Ansicht des Rechnungshofes auch eine solche Vorfinanzierung eine Art der Verschuldung des Bundes sei. Dieser Standpunkt ist verständlich, jedoch wird das Finanzministerium nirgends so billige Kreditmittel wie durch eine Vorfinanzierung der Gemeinde Wien beschaffen können.

Zu einer weiteren Anfrage, ob schon Schritte eingeleitet wurden, um den Ausbau der Schnellbahn durchführen zu können, meint der Redner: Natürlich sind Überlegungen angestellt worden, ob eine Finanzierung des Projektes durch die Gemeinde Wien möglich wäre, wobei dann die Österreichischen Bundesbahnen eine vertraglich festzusetzende Benützungsgebühr für die Anlagen zu bezahlen hätten. Ob dieses Projekt durchführbar sei, könne der Redner nicht beurteilen.

Auch die dritte Anfrage, wie die Gemeindeverwaltung eine weitere Vorfinanzierung des Schnellbahnausbaues beurteile, sei in der Beantwortung der ersten Frage schon enthalten, wobei noch hinzugefügt wird, daß diesbezüglich Verhandlungen mit den Bundesdienststellen im Gange sind.

Assoziierung mit der EWG: Auf die diesbezügliche Anfrage teilt Vizebürgermeister Slavik mit, daß eine Untersuchung im Gange

sei, die die Auswirkung einer Assoziierung auf alle Gemeinden feststellen soll.

Das Verhältnis zu den Wiener Stadtwerken: Der angestellte Vergleich, daß sich die Wiener Stadtwerke zur Gemeindeverwaltung verhielten, wie die Österreichischen Bundesbahnen zur Republik, stimmt nicht ganz. Der wesentliche Unterschied liegt darin, daß das Budget der ÖBB in den Staatshaushalt eingegliedert ist, während die Wiener Stadtwerke eigene Budgethoheit besitzen, selber budgetieren und darüber Beschluß fassen.

Die Wasserfrage: Der Wunsch nach Wasser ist ein allgemeiner. Eine diesbezügliche Pressekonferenz hat viele Unklarheiten beseitigt. Auch Spezialisten konnten dabei Neues lernen und viele Schwierigkeiten wurden verständlich gemacht. Ein besonderes Problem liegt in der Abhängigkeit vom Bundesstrombauamt, das beispielsweise eine Verletzung der Grasnarben zur Rohrverlegung am Schutzdamm nicht erlaube.

Der Mut, zu sagen, was nicht geht: Betreffend die Grünanlagen im 6., 7. und 8. Bezirk gebe es die Möglichkeit, Häuser wegzureißen oder auf eine zweite höhere Bauebene auszuweichen. In allen diesen Fragen muß man jedoch den Mut haben, der Bevölkerung zu sagen, was geht und was nicht geht. Man könnte technisch auch die Kärntner Straße auf das Doppelte verbreitern, was aber sicher nicht im Sinne der Bevölkerung wäre. Überhaupt: "Die Bevölkerung!" Man sagt immer das, was man selber sagen will und behauptet, die Bevölkerung habe es gesagt!

Die Bevölkerung sagt sehr deutlich bei den Wahlen, was sie will. Und das ist das Entscheidende. Die Oppositionsparteien wollen die meisten Leistungen selber erbracht haben. Sogar in der ÖVP bekennt man sich zur Planwirtschaft.

Daß man die "Jugend nicht belügen" dürfe ist richtig. Das dazu beigebrachte Beispiel war jedoch schlecht. Denn die Gemeinde ist bei der Subventionierung wertvoller Filme sogar soweit gegangen, daß sie allen Kinos, denen es wirtschaftlich gar nicht gut geht, eine Steuerermäßigung gewährt. (Zwischenruf ÖVP: Es geht ja um den guten Film.)

Vizebürgermeister Slavik stellte fest, daß zum Budget kein Abänderungsantrag eingebracht wurde. Er sehe dies als einen Beweis dafür an, wie gründlich das Budget vorberaten und erstellt

sei. Freilich verändert sich auch im Laufe des Jahres noch sehr viel. Denn jeder Antrag bringt ja eine Veränderung mit sich. Dies trägt zwar manchmal eine Kritik der Finanzverwaltung durch den Rechnungshof ein, es geschieht aber immer alles auf Beschluß des Gemeinderates.

Die Wiener Gemeindegrenzen: Man hört die Behauptung, die Koalitionsparteien hätten Wien kleiner gemacht. Der Rückgriff auf die alten Grenzen, die nicht 26 Bezirke, sondern nur 21 umschlossen, war aber durch die Besatzungsmächte bedingt. So haben die Russen die Ausdehnung der Zonen der Westmächte nur bis zu den alten Stadtgrenzen erlaubt. Es war auch verständlich, daß Niederösterreich bestrebt war, sein altes Gebiet wieder zu bekommen. Zur Durchführung der Wahlen von 1945 war jedoch eine Einigung zwischen Wien und Niederösterreich unbedingt erforderlich und so kam es zu dem Kompromiß der 23 Bezirke, weil die Durchführung der Wahl damals wichtiger war, als alles andere. Die Koalitionsparteien haben keineswegs mit Begeisterung einer Verkleinerung des Stadtgebietes zugestimmt.

Die Höhe der Rücklagen: Wenn behauptet wird, die Rücklagen der Gemeinde Wien seien zurückgegangen, so stimme dies betragsmäßig nicht. Wertmäßig allerdings schon. Daher müsse in den nächsten Jahren an eine Aufstockung der Rücklagen gedacht werden, was dann sicher auch wieder Kritik hervorrufen wird.

Es ist auch nicht richtig, daß Teile der Wiener Bevölkerung nicht berücksichtigt werden. Vielmehr werden alle Wiener gleich behandelt und die Leistungen der Stadtgemeinde kommen allen gleich zugute.

Keine Änderung des Wahlgesetzes: Der Antrag von GR. Lauscher auf Änderung der Wahlordnung kann nicht unterstützt werden. Wir wollen im Gemeinderat keine kleinen Splittergruppen, weshalb die Fünf-Prozent-Klausel gerechtfertigt erscheint. Auch darf man nicht bei jeder Wahl eine neue Wahlordnung verlangen. Sie soll so bleiben, wie sie ist. Es wird daher der Antrag gestellt, den Antrag des GR. Lauscher abzulehnen.

Zu den weiteren vier vorliegenden Resolutionsanträgen könnte man sagen: "Und hier beginnt der Wahlkampf." Es soll aber nicht weiter darauf eingegangen werden. Es wird eine Zuweisung der vier Resolutionsanträge an die zuständigen Ausschüsse und Körperschaften beantragt.

Vizebürgermeister Slavik schloß seine Ausführungen mit einem Dankeswort an den Wiener Gemeinderat für die Form der heutigen Diskussion. Diese sei lebhaft gewesen, was eine gründliche Auseinandersetzung und Beschäftigung mit den zur Debatte stehenden Problemen beweise.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des zweiten Hauptstückes (Finanzen) mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag der Referenten über die Erinnerungen wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der KLS wird mit den Stimmen aller anderen Parteien abgelehnt.

Die Anträge des ÖVP-Debatteredners werden einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Gemeinderat Fürstenhofer (SPÖ) unterbricht die Sitzung, um mitzuteilen, daß die Beratungen über den Voranschlag 1964 morgen Samstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe I, Personalwesen, Verwaltungs- und Betriebsreform, fortgesetzt werden. Referent ist Vizebürgermeister Slavik für den erkrankten Personalstadtrat Riemer (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Bürgermeister Jonas an den neuen Vorstand der Auslandspresse
=====

6. Dezember (RK) Anlässlich der Neuwahl des Vorstandes des Verbandes der Auslandspresse in Wien hat Bürgermeister Jonas an den Verband folgendes Glückwunschtelegramm gerichtet:

"Dem neugewählten Vorstand des Verbandes der Auslandspresse meine besten Glückwünsche. Die bisher gute Zusammenarbeit zwischen den Auslandsjournalisten und dem Rathaus möge erhalten bleiben und immer besser werden. Franz Jonas. Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien."

- - -

"Wirtschaft und Stadtplanung"
=====

Vortrag von Architekt Conditt in der Hochschule für Welthandel

6. Dezember (RK) Am Mittwoch, dem 11. Dezember, hält um 18 Uhr im Auditorium Maximum der Hochschule für Welthandel, 19, Franz Klein-Gasse 1, der Leiter der Magistratsabteilung 18 (Landes- und Stadtplanung), einen Vortrag über das Thema "Wirtschaft und Stadtplanung". Veranstalter des Vortrages ist die Österreichische Gesellschaft für Wirtschaftsraumforschung an der Hochschule für Welthandel.

- - -

Das gute Bild für jeden:

100.000 Schilling in der ersten Woche
=====

6. Dezember (RK) Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit der Wiener Künstler-schaft im Französischen Saal des Wiener Künstlerhauses veranstaltet wird, gestaltet sich auch heuer überaus erfolgreich. Bis heute früh wurden Werke im Wert von insgesamt 100.000 Schilling verkauft. Besonderes Interesse erregten die Ölbilder, da diese Schöpfungen zeitgenössischer Künstler sehr preiswert angeboten werden. Die Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden" ist täglich, auch Sonntag, in der Zeit von 10 bis 20 Uhr, geöffnet.

- - -

Kommenden Dienstag:Verkehrsübergabe der Prager Straße
=====

6. Dezember (RK) Die Straßenbauarbeiten in der Prager Straße im 21. Bezirk von der Voltagasse bis Autokaderstraße sind nun soweit, daß diese 1.5 Kilometer lange Strecke in beiden Fahrtrichtungen wiedergeöffnet werden kann.

Bürgermeister Jonas wird Dienstag, den 10. Dezember um 8.20 Uhr bei der Hopfengasse die Fahrbahn für den Verkehr freigeben.

Die Kosten dieses umfangreichen Straßenbaues, der die Herstellung einer 16 bis 23 Meter breiten Fahrbahn mit 22.000 Quadratmeter Hartgußasphalt umfaßt (einschließlich Verlegung der Straßenbahn in die Straßenmitte, Erneuerung der Wasser- und Gasrohrleitungen, Umlegung der E-Werks- und Telefonkabel, Herstellung einer neuen Straßenbeleuchtung sowie einer Lichtsignalanlage an der Kreuzung Koloniestraße), belaufen sich auf 35 Millionen Schilling.

Mit der Verkehrsübergabe dieses Teilstückes der Prager Straße wird die seit April 1962 bestehende Umleitung des stadteinwärts gerichteten Verkehrs über Johann Knoll-Gasse - Jedleseer Str. Be, auf die wesentlich kürzere Strecke Voltagasse - Jedleseer Straße, umgelegt.

- - -

Der Nikolo im Pensionistenheim Stadlau
=====

6. Dezember (RK) Gestern abend hat Stadtrat Maria Jacobi mit einem Nikolo das neuerbaute Pensionistenheim in Stadlau besucht. Im Rahmen einer kleinen Feier wurden an die Insassen kleine Geschenke verteilt, die auch jene bekamen, die durch Krankheit nicht an der Feier teilnehmen konnten.

- - -